

Bezugspreis:

Einzelheft 10.- M. monatlich 30.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M. einjährig 120.- M. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Volk und Welt" ...

Telegraphische Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile kostet 5,50 M. "Kleine Anzeigen" ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Sonnabend, den 20. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Erdrückende Verbrauchssteuern.

Die Reichsregierung hat nunmehr auch amtlich die Entwürfe der neuen Steuervorlagen bekanntgegeben, deren Inhalt bisher nur durch allerlei Indiskretionen der Öffentlichkeit zugänglich war. Die Entwürfe umfassen 12 neue Steuervorlagen. Man kann sie gliedern in Steuern auf den Verbrauch, in solche auf den Verkehr und die Versicherungen und schließlich in Kapitalsteuern. Die Vorlagen sind bereits durch die amtliche Ankündigung, die wir am 6. August zum Ausdruck brachten, in den Grundzügen bekannt. Sie stellen, wie wir schon wiederholt betonten, keine Steuerreform dar. Alle bewährte Steuern werden mit geringen Abänderungen und höheren Steuersätzen neu aufgemacht und erhalten zum Teil auch einen neuen Namen. Diejenigen, die das Steuerprogramm vom Standpunkt des Besitzes aus als unannehmbar bezeichnen, können es nicht tun, ohne bereits die Steuerwege eines Rheinabens und Helferrich einer ablehnenden Kritik zu würdigen.

Bei dem großen Umfang der Vorlagen sollen heute hier nur diejenigen Steuern besprochen werden, die unmittelbar auf dem Verbrauch lasten und durch die neuen Vorlagen eine wesentliche Erhöhung erfahren. Wir werden in weiteren Artikeln uns mit den übrigen Steuern noch zu befassen haben. Die Verbrauchssteuern sind es ja in erster Linie, die die Lebenshaltung der breiten Massen herabdrücken, wenn natürlich auch der größte Teil der Verkehrs- und der Kapitalsteuern auf den Verbrauch abgewälzt werden kann und in der Tat abgewälzt wird.

Da ragt unter den Steuervorlagen das neue Umsatzsteuergesetz hervor. Es erhöht den bisher dafür geltenden Satz von 11/2 auf 3 Proz. Damit nicht genug, wird auch der Umsatz des Außenhandels in größerem Umfange als bisher zur Umsatzsteuer herangezogen. Die Waren einfuhr selbst wird nicht mit der Umsatzsteuer belegt, dagegen wird der erste Umsatz nach der Einfuhr von Importwaren, ebenso wie der inländische Warenhandel von ihr erfaßt. Mit Rücksicht auf den niedrigen Stand der Valuta wird entgegen den früheren Bestimmungen die Ausfuhr zur Umsatzsteuer herangezogen, jedoch so, daß der Exporthandel nicht noch einmal die Umsatzsteuer zu bezahlen braucht, wenn sie schon bei dem Lieferanten bezahlt ist. Mit Recht wird in der Begründung gesagt, daß die Ausfuhr in den meisten Ländern durch den niedrigen Stand der Valuta einen starken Anreiz erhält und daß die Ausfuhr an den Lasten der Wiedergutmachung, die sich zum Teil nach ihrer Höhe richten, mittragen muß.

Die Umsatzsteuer erhöht sich für Gast- und Schankwirtschaften aller Art beträchtlich. Die Hotels, Restaurants usw. werden in zwei Gruppen eingeteilt und die sogenannten Luxuswirtschaften mit einer erhöhten Umsatzsteuer von 10 Proz., die übrigen mit 5 Proz. belastet. Diese Erhöhung der Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer für diejenigen, die auf die Einnahme von Mahlzeiten außerhalb ihres Haushalts angewiesen sind. Wegen einer erhöhten Besteuerung der wirklichen Luxuslokale, wie der großen Hotels, der Bars, Dienen und Likörstuben wird man sowohl vom Standpunkt des Verbrauchs, wie aus wirtschaftspolitischen Gründen nichts einzuwenden haben. Es kann gar nichts schaden, wenn die Sektigelage der Schieber und anderen Großverdiener wenigstens zur indirekten Steuer verschärft herangezogen werden, zumal diese Kreise sich um Einkommen- und Kapitalsteuern gewöhnlich recht gut vorbeizudrücken wissen.

Die Umsatzsteuer hat schon bisher höhere Erträge gebracht, als der Gesetzgeber erwartet hat. Im Laufe dieses Jahres wird mit einer Aufkommen von 6 bis 8 Milliarden gerechnet. Die Erhöhung soll mindestens 21,5 Milliarden Mark jährlich erbringen; man glaubt aber, daß bis zu 25 Milliarden ausgebracht werden. Das geschieht insbesondere durch die Heranziehung des Außenhandels, wo allein Umsätze in Höhe von 170 Milliarden Mark neu erfaßt werden. Da die Luxussteuer darunter nur mit etwa einer halben Milliarde Mark veranschlagt ist, läßt sich leicht berechnen, daß auf lebensnotwendige Waren, deren Verbrauch sich annähernd gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten verteilt, jeder Deutsche im Durchschnitt 360 bis 400 M. jährlich an Umsatzsteuer zahlt. Es versteht sich von selbst, daß eine so ungeheure Belastung des Verbrauchs keinesfalls hingenommen werden kann, wenn nicht auch der Besitz zu seinem Teil, erheblich stärker als bisher vorgesehen ist, zur Steuer herangezogen wird.

Aber damit ist die Reihe der indirekten Steuern erst begonnen. Die Kohlensteuer, die bisher 20 Proz. vom Wert beträgt, soll auf 30 Proz. erhöht werden, so daß diese Steuerart allein 9,25 Milliarden oder rund 4,5 Milliarden Mark mehr als im Vorjahre bringen soll. Der Reichsfinanzminister erhält jedoch das Recht, mit Zustimmung des Reichskohlenrates und des Reichstages die Steuer auf 25 v. H. zu ermäßigen oder wieder zu erhöhen, je nachdem die Welt-

marktlage es gestattet. Für die Hausbrandkohle ist die Verteuerung durch die neue Steuer nicht erheblich. Sie wird auf 3,85 v. H. berechnet. Dieser Trost ist aber gering, wenn man berücksichtigt, daß der höhere Kohlenpreis auch auf alle anderen Waren preissteigernd wirken wird. Die Erhöhung der Kohlensteuer aber wird nicht ganz umgangen werden können, da auch die bisherigen Sätze nicht verhindern konnten, daß die Kohlenpreise sich fortgesetzt aufwärts bewegten und sich den Weltmarktpreisen gegen früher merklich genähert haben, wenn auch die Spannung heute noch sehr groß ist. Man kann es verstehen, wenn das Reich an den steigenden Preisen sich einen Anteil sichern und damit zugleich verhüten will, daß die Reparationskohle zu einem Bruchteil ihres richtigen Wertes nur auf Wiedergutmachung angerechnet wird, während wir für Einfuhrkohlen den vollen Weltmarktpreis zahlen müssen.

Ein weiteres Gesetz erhöht eine ganze Reihe von Verbrauchssteuern, und zwar zunächst sämtliche Leuchtmittel auf das Doppelte. Auch die Zündwarensteuer wird mit Rücksicht auf die Geldentwertung verdoppelt. Die Biersteuer wird verdreifacht, dabei aber der Unterschied zwischen der Belastung der Groß- und der Kleinbetriebe beträchtlich erhöht, so daß die kleinen Brauereien bei dieser Besteuerung geschont werden. Die Mineralwassersteuer wird verdoppelt. Die Tabaksteuern erfahren eine Erhöhung dadurch, daß zunächst alle bisher zugelassenen Ermäßigungen der Tabaksteuer in Wegfall kommen, dann aber werden die Steuerklassen für feingeschnittenen Rauchtabak, Pfeifentabak, Rau- und Schnupftabak neu gestuft. Durch beide Maßnahmen soll der Ertrag der Tabaksteuer, der bisher 1,8 Milliarden Mark beträgt, um 900 Millionen auf 2,7 Milliarden Mark gesteigert werden.

Bei all diesen Verbrauchssteuern ist mit ihrer Erhöhung eine Verminderung des Verbrauches zu befürchten. Die Begründung der Vorlage tritt dieser Meinung entgegen und sucht nachzuweisen, daß die fortschreitende Geldentwertung die neuen Sätze gerechtfertigt erscheinen läßt.

Mehr wirtschaftspolitischer Art ist der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung von Zöllen. Die Einfuhr von Bananen, Datteln, Kaffee, Kakao, Tee und ausländischen Gewürzen, also Waren, die zu einem großen Teil entbehrlich sind und schon deshalb stärker versteuert werden müssen, weil sie die Handelsbilanz sehr belasten, wird mit erhöhten Zöllen bedacht. Die Erhöhung beträgt bei rohem Kaffee 70 M., beim Tee 130 M., bei geröstetem Kaffee 125 M. je Doppelzentner. Der Zoll auf rohe Kakaobohnen soll verdoppelt werden, dementsprechend werden auch die Zölle auf Schokolade und Kakaopulver erhöht.

Eine allgemeine Verdoppelung erfahren die Zölle auf eine ganze Reihe ausgeprägter Luxuswaren oder anderer Artikel, die im Inland hergestellt werden können. Darunter befinden sich Kaviar, Toiletartikel, aber auch Textil-, Gummi- und Lederwaren, Gold- und Silberwaren und dergleichen. Daß die Einfuhr an Waren dieser Art einer scharfen Besteuerung unterzogen wird, ist nicht mehr als gerecht. Wenn schon die Einfuhrverbote, die den Import überflüssiger oder volkswirtschaftlich schädlicher Waren verhindern sollen, versagen, so ist es nicht mehr als recht und billig, wenn die Verbraucher von französischer Schminke und ausländischer künstlicher Blumen einen anständigen Zoll dafür bezahlen, daß sie mit ihren Luxusbedürfnissen die Kaufkraft des deutschen Volkes am Weltmarkt schwächen. Hier wäre höchstens zu erwägen, ob die Verdoppelung der Zölle auch ausreichen wird, um den Verbrauch an solchen Waren merklich zu beeinflussen.

Soweit die Verbrauchssteuern. Nur ein kleiner Teil von ihnen ist derart, daß man ihn aus volkswirtschaftlichen Gründen willkommen heißen kann. Andere wird man mitnehmen müssen, obwohl sie auch eine Belastung breiter Bevölkerungsmassen darstellen, die man lieber vermeiden möchte, wenn man sie durch andere Einnahmen erlegen könnte. Das wird aber nicht möglich sein, da ja das gesamte Steuerbudget noch längst nicht die Wiedergutmachungsschulden und das Reichsdefizit deckt. Am drückendsten aber ist die Erhöhung der Umsatzsteuer, die in dieser Form keinesfalls wird hingenommen werden können, wenn nicht durch hohe Besitzsteuern dafür gesorgt wird, daß auch das Kapital seinen Teil an der Wiedergutmachung zu tragen hat.

Die zweite Gruppe der neuen Steuern umfaßt die sogenannten Verkehrssteuern. Der umfangreichste Entwurf ist der eines Kapitalverkehrssteuergesetzes. Dieser Gesetzentwurf sieht eine Gesellschaftsteuer vor für Rechtsvorgänge, die Gesellschaften betreffen; eine Wertpapiersteuer für den ersten Erwerb von Vermögenswerten des Kapitalverkehrs; eine Börsenumsatzsteuer für Aufschaffungsgehalte des Börsenverkehrs; eine Aufsichtsratssteuer für die Gewährung von Vergütung an Mitglieder des Aufsichtsrats von Kapitalgesellschaften; schließlich eine Gewerbeaufschaffungssteuer für den Erwerb von Ber-

mögensgegenständen zu gewerblichen Zwecken. Auch hier handelt es sich fast durchweg um Erhöhungen bestehender Steuern.

Der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes erfaßt Kraftfahrzeuge, die zur Beförderung von Personen oder Gütern dienen. Befreit von der Steuer sind u. a. die Kraftfahrzeuge der Feuerwehr, solche zur Krankenbeförderung und zu Rettungszwecken und solche, die ausschließlich der Beförderung von Geräten von und zur Arbeitsstätte dienen.

Als weitere neue Steuer ist vorgesehen ein Kennzeichengesetz, das den Totallistorumsatz erfaßt und als Steuer den Buchmacher zuläßt. Totallistor und Buchmacher haben ein Weibuch zu halten, in dem jeder Einsatz verbucht sein muß. Der Unternehmer des Totallistors hat eine Abgabe von 16% Proz., der Buchmacher eine Abgabe von 10 Proz. des Weiteinsatzes als Steuer an das Reich zu entrichten.

Ein neues Steuergesetz besteuert die verschiedensten Arten von Versicherungen: Feuerversicherung, Hagelversicherung, Einbruchdiebstahlversicherung, Glasversicherung, Viehversicherung, Transportversicherung, Lebensversicherung, Unfallversicherung, Haftpflichtversicherung usw.

Auf die Besitzsteuern, die alle unsere Befürchtungen über eine unzulängliche Heranziehung des Kapitals bestätigen, kommen wir noch ausführlicher zurück.

Das Reichsfinanzministerium legt Wert auf die Feststellung, daß es nicht den Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes an die Stimmesche "Industrie- und Handelszeitung" gegeben hat, wie auch wir gestern meldeten. Auch diese Veröffentlichung ist wie viele andere durch eine Indiskretion erfolgt. — Das ist ein neuer Beweis dafür, wie notwendig es ist, Steuervorlagen der weiten Öffentlichkeit zu übergeben, ehe sie durch die Mitteilung an den Reichstag und Reichswirtschaftsrat in die Hände von Sachverständigen kommen, die damit doch nicht dicht halten. Diese Art der übertriebenen Diskretion, die von den Feinden der neuen Steuern doch nicht beachtet wird, dient ja nur dazu, um die neuen Gesetzentwürfe in verzerrter Form an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, wodurch der sachlichen Aufklärung ein schlechter Dienst geleistet wird.

Deutschnationale gegen Erfüllungswillen.

In einer deutschnationalen Versammlung zu Breslau erging sich der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats, Eder v. Braun, in heftigen Angriffen gegen die Steuergesetzgebung. Wenn nach dem vorliegenden Bericht Herr v. Braun die Summe der Reichsschulden auf 656 Milliarden bezifferte, so müssen wir dahingestellt sein lassen, ob hier ein Uebermittlungsfehler oder eine grobe demagogische Unwahrheit des Referenten vorliegt. Die Ausführungen des Herrn v. Braun gipfelten jedenfalls darin, daß man das Ultimatum nicht nur nicht erfüllen könne, sondern auch nicht erfüllen wolle. Er sagte nämlich am Schluß seiner Rede:

Die Forderung der deutschnationalen Volkspartei gehe dahin, daß die Frage der deutschen Schuld vorurteilslos geprüft werde und daß die Reparationsleistungen nicht über das mögliche Maß hinausgehen. Sie könne sich nicht entschließen, sich an der Aufhebung neuer Steuern zu beteiligen, da sie auch nur den Willen zur Erfüllung des Ultimatus als vollvoererblich ansehe, und deshalb unter allen Umständen darauf dringen müsse, daß das Unterzeichnungskabinett gestürzt werde.

Wie der Herr Eder v. Braun es erreichen will, daß die deutsche Schuld vorurteilslos geprüft und auf das möglichste begrenzt werde, wenn nicht mal der Versuch einer ehrlichen Erfüllung des Ultimatus gemacht wird, das wird wohl ewig Geheimnis der reaktionären staatsmännischen Weisheit bleiben. Was aber Herrn v. Brauns Drohung anbelangt, das Unterzeichnungskabinett Birthy zu stürzen, so würden wir ihm gern die Erfüllung seines Wunsch gönnen, wenn nicht davon so ungeheuer viel für das deutsche Volk abhinge. Nachdem nämlich das Rechtskabinett Fejrenbach-Simons in einem völligen Chaos geendet hat, nachdem es noch ein paar Tage vor seinem Hinsterben mit unvermittelter diplomatischer Seltsamkeit das Schicksal des deutschen Volkes plüßlich dem Präsidenten Harding zu Füßen legte, wäre es ungemein interessant, einmal zu erleben, wie ein neues Rechtskabinett sich blamieren würde.

Werkwürdige Geldfabrikanten. Die Orisgrupper Glauchau der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“, einer reaktionär-antibolschewistischen Vereinigung, kündigt die Herausgabe eines eigenen Notgeldes an. Wer hat ihr das gestattet? Nächstens wird wohl jeder Regalklub und pleitegegangene Wettkonzern-Direktor eigenes Notgeld fabrizieren.

Ein Schutzpolizeimeister als Landesverräter? Wie der B.S.-Korrespondenz aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, wurde dort der Wachtmeister der Frankfurter Schutzpolizei Nikolaus Kesselborn unter dem dringenden Verdacht verhaftet, einer zur Entente gehörigen Macht Nachrichten über die Organisation und Ausbildung der Schutzpolizei gegeben zu haben. Im Besitz des Verhafteten fand man den Entwurf eines Schriftstückes, das Angaben über die Schutzpolizei enthielt.

Abgeordneter Burlage †

Am Donnerstagabend ist der zweite Vorsitzende der Zentrumsparlei, Reichstagsabgeordneter Edward Burlage, nach mehrwöchiger Erkrankung im Elisabethstift in Berlin-Moabit gestorben. Mit ihm verliert die Zentrumsparlei kurz nach dem Tode Hilges und Trimborns einen weiteren hochangesehenen Führer.

Burlage, der am 25. November 1857 zu Hudeleben in Oldenburg geboren war, hatte es als Richter schon im Jahre 1907 bis zum Reichsgericht geschafft. Er hatte dem Reichstage bereits von 1903 bis 1907 angehört und trat wieder in das aktive parlamentarische Leben bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung ein. Als eine juristische Autorität allgemein anerkannt, beteiligte er sich für die Zentrumsfraktion in hervorragendem Maße an den Ausschuss- und Plenardebatten über die neue Reichsverfassung.

Burlage gehörte mit Birkh, Beder, Wiesner und anderen zum linken Flügel der Zentrumsfraktion. Sein Name wurde wiederholt, so zum Beispiel bei der letzten Neubildung des Reichstags, für den Vorschlag des Reichsjustizministers genannt und besonders die Sozialdemokratie hätte eine solche Ernennung lebhaft begrüßt. Denn Burlage erfreute sich in allen Koalitionsparteien durch sein aufrechtes und bescheidenes Wesen einer besonderen Sympathie. Er, der in früheren Jahren eher der konservativen Richtung des Zentrums angehörte, hatte sich in wirklich aufrichtiger Weise auf den Boden der neuen Tatsachen gestellt und schaute sich nicht, im Gegensatz zu manchem anderen bürgerlichen Politiker, für seine republikanische Ueberzeugung einzutreten. Bei der letzten großen Reichstagsdebatte über das Vertrauensvotum für die Regierung Wirth wurde ein außerordentlich heftiger Wortwechsel zwischen ihm und dem Grafen Westorp vielfach beachtet.

Aber noch charakteristischer für die aufrechte Art des leider zu früh verstorbenen Zentrumsführers war eine Szene, die sich in diesem Frühjahr im Hauptausschuß des Reichstages ereignete und die lebhaftes Aufsehen unter den anwesenden Abgeordneten hervorrief:

Ein führender deutschnationaler Abgeordneter hatte sich in der üblichen Weise über die Verhältnisse in der Republik „enttäuscht“ und die „gute, alte Zeit“ verherrlicht. Da meldete sich Burlage zum Wort und in immer steigender Erregung gab er dem Vordredner der Monarchie etwa folgende vernichtende Antwort:

„Auch ich bin Monarchist gewesen, überzeugter Monarchist, und ich hätte mir bis zum 10. November 1918 für den monarchistischen Gedanken den Schädel einschlagen lassen. Als ich aber an diesem Tage in Leipzig sah, wie plötzlich niemand mehr den Mut hatte, sich zur Monarchie zu bekennen, da packte mich ein unwiderstehlicher Ekel: dieses erbärmliche Schauspiel hat mich zum überzeugten Republikaner gemacht. Und Sie mögen jetzt sagen was Sie wollen, das spielt alles keine Rolle mehr: in meinen Augen bleibt die Tatsache ausschlaggebend, daß sich im Augenblicke der Gefahr alle Monarchisten verroben. Im übrigen sollte man nicht vergessen, daß vor allem die preussische Monarchie jeden Maßstab verloren hatte. Jeden Tag erfüllt es mich mit Jörn, wenn ich den Restaurationsaal des Reichstages betrete und an der Decke das gemalte Hohenzollernwappen sehe mit den Worten des Psalmisten als Devise: Sub umbra alarum tuarum protege nos (Am Schatten deiner Flügel beschütze uns). Diese Worte, die der Psalmist auf Gott gedichtet, die ließ das preussische Königshaus mit Bezug auf sich selbst unter den Reichsadler setzen. Jeder aufrichtige Christ mußte sich über diese unerhörte Blasphemie auf das Tiefste empören!“

Auf den ganzen Hauptauschuß machten diese Worte, von denen man merkte, daß sie aus innerster Ueberzeugung gesprochen waren, einen außerordentlich tiefen Eindruck. Und es wagte auch kein Deutschnationaler, dem Abgeordneten Burlage zu erwidern.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat an die Zentrumsfraktion des Reichstages folgendes Telegramm gesandt:

„Zu dem herben Verlust, den die Zentrumsparlei durch den Tod des allgemein verehrten Abg. Burlage erlitten hat, spricht seine aufrichtige Teilnahme aus der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. J. A. Wels.“

Schweigeabteile für Träumende.

Im „Kunstwart“ hat jüngst ein Schriftsteller, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, den Vorschlag gemacht, die Eisenbahn möge doch für alle jene, die während der Fahrt von niemandem belästigt sein wollen, „Schweigeabteile“ einrichten, und die „erschütterten, Sinnenden, Träumenden, Lesenden werden dankbar sein“. Mit der Erfüllung dieses Wunsches wäre dann der Anfang zur Umwandlung unserer Eisenbahnzüge in rollende Trappistenklöster gemacht, weil auch in diesem Orden niemand sprechen darf und ewiges Schweigen herrscht.

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten, die Abteile zu spezialisieren. Zum Beispiel kann man sich sehr gut vorstellen, daß auch „Säuglingsabteilungen“ eingeführt werden, die natürlich nicht neben den Schweigeabteilen liegen dürften, weil ein Säugling wohl einen Träumenden, dieser aber nicht einen Säugling stören kann.

Auch Abteile für Start- und Kettenraucher wären zu empfehlen; sie müßten mit besonders gut funktionierenden Ventilatoren ausgestattet werden.

Den Vereinen für Luft- und Sonnenbäder würden wir empfehlen, eine Eingabe um Einrichtung von Abteilen zu machen, in denen man, lediglich mit einem Bodetrikot bekleidet, während der Fahrt sein Lustbad nehmen kann.

Auch die Athleten- und Turnvereine hätten wohl ein Recht zu verlangen, daß man eigene Turnhallenwagen baut. Daselbst können und werden natürlich alle Hygienehinstitute von der Eisenbahn verlangen, vielleicht unter dem Stichwort: Her mit den Rintop-Spezialzügen!

Ein äußerst sinniger Wunsch wurde uns von dem Mandolinenklub Zittergros unterbreitet, den wir wiederum an die Bahndirektion weitergeben wollen, nämlich „Musik-Spezialabteilungen“ oder „Wagen einzurichten. Was dem „erschütterten“ oder „Träumenden“ recht, muß dem „Zitterer“ oder „Kämpfer“ billig sein. Diese Abteile gehören am besten unmittelbar hinter die Maschine, damit einmal Führer und Heizer auch etwas musikalische Freude in ihr Leben bekommen und damit dem Träumenden, wenn er sich mit Rabindranath Tagores Weisheiten schweigend und erschütterter beschäftigt, nicht etwa das schöne Lied: „Futtsch is futtsch un hin is hin“ dazwischenfährt.

Der prächtige Vorschlag aber wird zweifellos von dem Teutonischen Zentralklub zur Förderung arischen Bevölkerungszuwachses“ gemacht. Der Zentralklub fordert nämlich zur Bildung einer neudeutschen Rasse weitgehende staatliche Unterstützung und von der Bahn eigene Hochzeitsabteile. Die Tapeten dieser Abteile müssen Hakenkreuzmuster aufweisen, Decken, Teppiche, Handtücher und Bettzeug müssen in Schwarz-Weiß-Rot gehalten sein. Ferner hat für diese Abteile ein arischer Ingenieur bereits eine großartige Erfindung gemacht. Es ist ihm nämlich gelungen, ein kleines Ornamophon zu erfinden, das man sehr gut in ein Wasserleitungs-

Ganz was anderes . . .

Der Vorkämpfer für Schwarzrotgold.

Herr Wulle kam für sein gestriges Abendblatt kein anderes „politisches Ereignis“ finden als das blamable Zugeständnis, daß unsere Darstellung, wie er sich im November 1918 glühend für die schwarzrotgoldene Farben eingelebt hat, absolut zutreffend ist. (Oder sollte das „politische Ereignis“ etwa die seitgedruckte Bekanntmachung auf der vierten Seite sein: „Der Atlantik-Konzert steht da wie am ersten Tage“?) Natürlich stellt es einem Mann, der logar während vier Kriegsjahren die Feder nicht aus der Hand gelegt hat, nicht an zu reden. Wenn Herr Wulle sich für die Farben schwarzrotgold begeistert, so war das eben „etwas ganz anderes“, als wenn diese Farben nachher von den republikanischen Parteien — dem Wunsche des Herrn Wulle entsprechend — tatsächlich eingeführt wurden.

Herr Wulle gibt ferner bekannt, daß keine ernste Hinterfronttätigkeit auf einen vor dem Kriege erlittenen Straßenbahnunfall zurückzuführen sei. In der gleichen Nummer schreibt Graf Reventlow wieder einmal lang und breit, was ihm andere Leute von der Front berichtet haben, denn er, der ausgebildete Seeoffizier, hat ja auch selber niemals die Front gesehen. Natürlich auch wegen der mangelnden Dienstfähigkeit. Wir haben an sich gar nichts dagegen, wenn die Deutschnationalen D. U. S. sich zur gemeinsamen Arbeit an einem Organ zusammenschließen. Aber wenn diese Herren fortgesetzt behaupten, daß allein Juden während des Krieges sich hinter der Front herumgedrückt hätten, und wenn sie sich als Spezialisten in Frontangelegenheiten, wie in der Frage der Fronterdolchung aufspielen, so werden wir allerdings immer wieder auf ihr Heimatbündentum hinweisen.

Vertiefung des christlichen Bewußtseins.

In den wütendsten Tönen heßt die „Ostpreussische Zeitung“ gegen die Hilfeleistung an das hungrige Rußland. So lesen wir in Nr. 365 unter der Ueberschrift: „Keine Hilfe an die Sowjetregierung“:

„Seht soll Europa helfen, um die Banditenregierung aufzuheben gegen das russische Volk! zu führen! Das und nichts anderes bedeuten die „Evolutionen“ der Rostauer Herren. In die Dörfer und Steppen wird kein Pfund Brot gefahren, keine Medikamente, keine Kleider, sondern alles wird — wie schon früher — an den Händen der Kommissare von Petersburg und Rostau kleben bleiben.“

Eine Hilfe an die Sowjetregierung bedeutet ein Verbrechen am russischen Volk, die Unterstützung der Halunken, die Rußland an den Abgrund gebracht haben, und damit die Stützung des Bolschewismus in Deutschland.

Keine Hilfe der Sowjetregierung, dies wäre ein Verbrechen am deutschen und am russischen Volk.

Die „Ostpreussische Zeitung“ ist ein Blatt der Deutschnationalen Volkspartei, deren Programm unter Punkt 13 deklariert:

Von der Vertiefung des christlichen Bewußtseins erwarten wir die sittliche Wiedergeburt unseres Volkes, die eine Grundbedingung seines politischen Wiederaufstiegs ist. An der lebendigen Aufnahme der christlich-religiösen Kräfte hängt . . . die Gesundheit des Staates.

Hier erfahren wir nun, was in der Praxis unter „Vertiefung des christlichen Bewußtseins“ (oder sollte es etwa „Vertierung“ des christlichen Bewußtseins heißen?) und „lebendige Aufnahme der christlich-religiösen Kräfte“ verstanden wird. Was würde wohl Jesus von Nazareth zu derartigen „Bekennen“ seiner Lehre, der über alles gehenden Nächstenliebe, gesagt haben?!

Die „Tägl. Rundschau“ lobt über den Reichspräsidenten Genossen Ebert, weil er die Zuchthausurteile des Sondergerichts Raumburg in Gefängnis umgewandelt und das Strafmaß herabgesetzt hat. Wir lesen da:

Die völlig ungerechtfertigten Strafnachlässe des Reichspräsidenten gegenüber gerichtsnotorischen Hochverrätern, Mordbrennern und Bündlerern müssen mit Bewunderung aufgenommen werden. Wer hier entgegen den bisher für staatsnotwendig erklärten Strafverordnungen offenbar aus parteipolitischen Gründen Milde walten läßt, erweckt den Anschein,

rohe einbauen kann. Wenn also der junge Chemann in dem Rabinchen sich erfrischen will und den Hahn aufdreht, ertönt dazu in lauten Klängen das schöne Lied: Heil dir im Siegerkranz! Man kann der Eisenbahnleitung die Einrichtung derartiger Abteile nicht warm genug ans Herz legen.

Auf diese sinnreiche und angenehme Art kann man mit der Zeit alle Eisenbahnzüge in Spezialabteilungen einteilen, damit nur jeder Deutsche wieder so recht hübsch allein für sich seinen Spleen pflegen kann. Jan Ewerl.

Die Eröffnung des Schloßmuseums. Am 1. September wird das Berliner Schloßmuseum im alten Schloß eröffnet werden. Am 5. September wird dann im Welken Saale die Ausstellung aller Bucheinbände eröffnet, die der Jakob-Krause-Bund veranstaltet. Erreicherweise hat es sich, trotzdem die Auseinanderlegung von Staat und Krone in Preußen noch nicht durchgeführt ist, ermöglichen lassen, eine große Reihe der hervorragendsten Kunstwerke aus dem Besitz der Hohenzollern allgemein zugänglich zu machen. Es handelt sich da nicht nur um Stühle, die mit der Dekoration der Repräsentationsräume des Schlosses in so unförmlichem Zusammenhang stehen, daß ihre Entnahme einer Zerstörung des Raumbildes gleichkäme. Z. B. in der großen Bildergalerie, die erst kurz vor dem Kriege aufgefundenen 6 Percier-Leppiche mit Bildern aus der Geschichte des Großen Kurfürsten. Oder das Silberbüfett des Ritterscafes, die pompöse Leinwand Tapeten von Goretz. Aus dem Kunstbesitz des früheren Kaiserhauses kommen vielmehr auch prachtvolle Dinge zur Ausstellung, die bisher nur wenige gesehen haben, wie vor allem die herrlichen Beauvais-Leppiche von Boucher, die man im Erdgeschoß gefunden hat. Dann kostbare Tapissereien Coppelis mit Don-Quixote-Szenen, eine Gobelinfolge der Petersburger Manufaktur, eine Brüsseler Renaissanceerie nach Orten, eine andere von van der Borgh. Diesen unschätzbaren Bildwirkereien reiht sich wertvolles Porzellan, viel Gutes an Möbeln und besonders bedeutendes Silber an, vor allem zwei Hauptstücke deutscher Goldschmiedekunst der Renaissance, die nun hoffentlich für immer aus Hohenzollernbesitz in den des Staates übergehen: der Kaiserpokal Jommiers und der Diana-Pokal von Hans Beholdt. Vor allem werden viele Bilder übernommen, z. B. die Frauenbildnisse Pesones in der Braunschweiger Galerie, in der alten Kurfürstenwohnung, wo der herrliche Porzellanbesitz des Museums aus dem 19. Jahrhundert von Schnorr v. Caroldisfeld aufgestellt worden ist, aber auch älteres, von Lucas Cranach eine Passion, ein Sündenfall usw. Große höfische Bildnisse von Silbestr. Weislich u. a. fügen sich in den Gesamtzusammenhang, ebenso Schadows berühmte Prinzessinnengruppe u. a.

Die neue Sammlung wird in zwei Schichten zugänglich sein, an einer Reihe von Tagen der Oberstod mit den Schloßgalerien, dem großen Gosander-Parkal an der Schloßfreiheit her, wo der Eingang ist, an den anderen Tagen die unteren Räume.

Der russische Hungerstreik. Der Berichterstatter eines englischen Blattes hatte kürzlich Gelegenheit, einen russischen Freund zu sprechen, der im Mai Tomsk verlassen und nach einer mühseligen Wanderung durch die Hungerdistrikte Rußlands in diesen Tagen glücklich die deutsche Grenze erreicht hatte.

als ob er selbst die begangenen Verbrechen an der Existenz und Sicherheit des Staates nicht ernsthaft zu verurteilen wünscht.

Diese Verdächtigung der Milde macht sich besonders schon im Munde von Patenchriften. Die „Tägl. Rundschau“ gehört zwar nur zu 50 Proz. der Deutschnationalen Partei an, die eine „Vertiefung des christlichen Bewußtseins“ erstrebt; aber die Deutsche Volkspartei, der die andern 50 Proz. zugehören, hat gleichfalls in ihrem Programm unter Punkt 12 den schönen Satz: „Die Deutsche Volkspartei . . . sieht im Christentum einen Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens.“

Was ist denn nun eigentlich Christentum? Daß man die Milde persönlich verdächtigt und die Barmherzigkeit mit Füßen tritt?!

Arbeiter als Schöffen und Geschworene.

Einesehen vom preussischen Justizminister erlassene allgemeine Verfügung betreffend die Heranziehung von Arbeitern zum Schöffen- und Geschworenenamt, die der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat für die Öffentlichkeit in vielen Punkten Interesse. Es heißt hier:

Durch die Verordnung vom 12. Juli 1921 ist mit Wirkung vom 1. August an das Tagelohn für Schöffen und Geschworene auf 30 M., die Uebernachtungszulage auf 20 M. erhöht worden. Die Erhöhung soll, wie in der Vorlage an den Reichstag hervorgehoben ist, dem Zweck dienen, allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere auch der Arbeiterschaft, mehr als bisher die Teilnahme an der Rechtsprechung zu ermöglichen.

Daß Arbeiter und ihnen gleichstehende Personenteile in weitem Umfange zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen herangezogen werden, ist nicht nur deshalb wichtig, damit das Gefühl der Zurücksetzung in dieser Beziehung verschwinde, sondern es würde dadurch auch bewirkt werden, daß den Teilen der Bevölkerung, die heute der Rechtsprechung in Strafsachen fremd, wenn nicht mißtraulich gegenüberstehen, mehr als bisher ein Einblick in die Strafrechtspflege gewährt und so ein gerechteres Urteil über das Wirken der Strafgerichte vermittelt, zugleich aber auch ein tieferes Interesse und Verständnis für die Aufgaben der Strafrechtspflege geweckt wird. Das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Strafgerichten wird um so eher schwinden, je mehr sie Leute aus ihren eigenen Reihen auf den Bänken der Schöffen und Geschworenen sehen. Schließlich wird es auch der Tätigkeit der Strafgerichte selbst zu einem wesentlichen Nutzen gereichen, wenn Angehörige der Arbeiterschaft in den Strafgerichten die Gesichtspunkte zur Geltung bringen, von denen aus die Arbeiterschaft die Geschehnisse des täglichen Lebens betrachtet.

Aufgabe aller bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen mitwirkenden Stellen wird es sein, diesen Erwägungen Rechnung zu tragen.

Der preussische Minister des Innern hat auf Anregung des Justizministers hin an die Verwaltungsbeamten, die im Ausschuss an der Auswahl der Schöffen und Geschworenen teilnehmen, die Weisung ergeben lassen, im Sinne einer gleichmäßigen Verteilung der Schöffen und Geschworenen auf alle Bevölkerungsschichten, insbesondere auch die Arbeiterschaft, hinzuwirken.

Wir haben zu viel Soldaten.

Von der Gauleitung Brandenburg des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns mitgeteilt: Auf dem Gute Pareh b. Rehm, Kreis Osthavelland, sind während der Ernte neun Reichsmehrsoldaten aus der Garnison Potsdam beschäftigt. Der Besitzer brüht sich bei jeder Gelegenheit damit, er bekomme so viel Soldaten, wie er haben wolle. Die Soldaten erhalten ihre vollständige Verpflegung und Verpflegung von der Garnison, außerdem noch einen recht angemessenen Arbeitslohn. Arbeitslose dagegen, welche um Arbeit nachfragten, erhielten den Bescheid, es werden keine Arbeiter eingestellt. In der Stadt Rehm, die 20 Minuten von Poreg entfernt liegt, sind genügend arbeitslose Landarbeiter, welche Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Wir fragen nun: Ist dem Herrn Reichswehrminister bekannt, daß Soldaten zur Ernte in Privatbetrieben verwendet werden und Arbeitslosen die Plätze wegnehmen, oder ist dieses nur von dem Garnisonkommandanten von Potsdam genehmigt?

„Europa muß den Russen unergütlich Hilfe bringen“, erklärte der russische Flüchtling, für dessen unbedingte Glaubwürdigkeit sich sein englischer Freund verbürgen zu dürfen glaubt. „In vier oder sechs Wochen wird in Rußland die Regenzeit einsetzen; damit treten dem Lebensmitteltransport Schwierigkeiten in den Weg, die man als unüberwindlich bezeichnen muß. Schon im Mai waren wir uns in Sibirien klar darüber, daß eine Katastrophe im Anzuge begriffen sei. Das ging aus der steigenden Zahl der Leute hervor, die aus den Wolgabereichen herbeiströmten und schließlich um Ueberlassung von Getreide bat. Jeder Tag brachte eine Mehrzahl der Zahl dieser ausgehungerten Unglücklichen, die erzählten, daß sich die Bevölkerung der Gouvernements Orenburg und Ufa zur Auswanderung rüfte. Man nannte die bettelnden Leute „Reschetschi“, d. h. Leute mit Säcken, da ja jeder Mann und jede Frau einen Sack auf dem Rücken trug, der zur Aufnahme des eingehandelten Getreides bestimmt war.“

Ein typisches Beispiel für die Not dieser „Eadleute“ bildet der folgende Fall. Ein junger Mann von 19 Jahren und ein Mädchen von 16 Jahren kamen in meine Wohnung und baten inständig, ihnen eine Kruste Brot zu geben. Sie sagten, daß sie ihre Eltern und die jüngeren Geschwister in einem hunderte von Meilen entfernten Dorf des Gouvernements Simbirsk zurückgelassen hätten, und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß der kleine Vorrat von Koriostein, der sich bei ihrer Abreise im Hause befand, ausreichen würde, um die Familie bis zu ihrer Rückkehr am Leben zu erhalten. Das Mädchen trug in ihrem Sack ihr Sonntagkleid, den Rock mit den breiten Streifen, der das kostbarste Besitztum eines jeden russischen Bauernmädchens bildet. Sie hatte ihn mitgebracht, um ihn gegen Getreide einzutauschen und hoffte dafür ein halbes oder, wenn sie Glück hätte ein ganzes Pud (16¼ Kilogramm) Brotgetreide zu erhalten.

Auf jedem Bahnhof der Eisenbahnstrecken drängten sich Haufen von Leuten, die um Nahrungsmittel bettelten. Kleine Kinder kriechen auf dem Boden der Wagenabteile herum, in der Hoffnung, ein paar Brotkrumen, die die Reisenden vielleicht fallen lassen haben, zu finden, und wenn sie eine Krume erpäßt haben, stürzen sie sich mit der Gier halb verhungertes Tiere darauf.“

Zum Intendanten des Hannoverischen Opern- und Schauspieltheaters, die aus Staats- in Stadtbücherei übergegangen sind, wurde Direktor Gammal, der frühere Leiter des Berliner Deutschen Künstlertheaters, gewählt.

Wettlauf zwischen Ostpreußen und Rußland. Vom Flugplatz der Stadt Portland in Oregon fand kürzlich ein Wettlauf zwischen einem Rußland und einer Anzahl sehr leistungsfähiger Ostpreußen statt. Der Rußland, bei dem man den Tauben zehn Minuten Vorlauf ließ, ging nach San Francisco. Während aber das Rußland den Weg in der kurzen Zeit von 5 Stunden 23 Minuten zurücklegte, kamen die Tauben erst am nächsten Tag in San Francisco an.

Internationaler Tragödien-Wettbewerb. Der französische Theaterleiter Antoine ist von der Regierung aufgelöst worden, einen internationalen Wettbewerb für Bühnendichter zu organisieren. Das zu findende Stück muß eine Tragödie sein und soll in einem eigens erbauten Revue-Theater in der Nähe des Stadions während der Olympischen Spiele in Paris 1924 aufgeführt werden.

Ein algerischer Tempel wurde bei den in Sidon (Ostpreußen) vorgenommenen Ausgrabungen bloßgelegt. Es war ein großer, während der Römerzeit erbauter Tempel in dorischer Stil, der aber Wahrscheinlichkeit nach der Artemis geweiht war.

Offensive der Holzindustriellen.

Aussperrung auf der ganzen Linie.

Die Berliner Holzindustriellen haben dem Holzarbeiterverband am 17. August d. J. ein Ultimatum zugestellt...

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes ließ die Arbeitgeber wissen, daß sie die Wiederaufnahme der Arbeit in den bestreikten Betrieben ablehnen muß...

Bereinigte Verbände der Berliner Holzindustrie. Berlin C. 25, den 17. August 1921. Alexanderstr. 31.

Stillelegung sämtlicher Groß-Berliner Tischlereibetriebe.

Wir haben die Leitung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Ortsgruppe Berlin, aufgefordert, die Arbeiter in den bestreikten Betrieben zu veranlassen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen...

Dieser Aufforderung ist nicht Folge geleistet worden und er suchen wir hiermit unsere sämtlichen Mitglieder laut Generalsammungsbeschluss zum Schutze der bestreikten Betriebe als wirtschaftliche Maßnahme nunmehr ihre sämtlichen Betriebe Groß-Berlins sofort zu schließen.

Zu unserem Bedauern sehen wir uns sowohl hinsichtlich unserer Mitglieder wie mit Rücksicht auf unsere Arbeiter leider gezwungen, diese Maßnahmen mit aller Gründlichkeit zur Durchführung zu bringen...

In diesem Falle ist ihnen zu sagen, daß unser Angebot von zunächst 75 Pf. Lohnerhöhung für Facharbeiter aufrechterhalten und ihnen ab 8. August dann zugesichert werden wird...

Die Anerkennung des Reichsmantelvertrages ist strikte abzulehnen. Es darf niemand irgend etwas unterschreiben.

Den Arbeitern ist zu sagen, daß sie sich bis auf weiteres wegen Stillelegung des Betriebes als entlassen zu betrachten haben; die Papiere sind ihnen auszuhändigen und falls sie nicht angenommen werden, aufzubewahren.

Wenn die Arbeiter eine Entlassungsbescheinigung verlangen, so ist darauf zu schreiben: „In den Streit getreten“ oder „Wegen Stillelegung des Betriebes infolge Streik entlassen“.

Denjenigen Arbeitern, welche in den Streit getreten sind, ist mitzuteilen, daß sie entlassen sind und ihre Papiere abholen können. Zufassung derselben ist nicht erforderlich.

Keiner darf die von uns zugesicherte Lohnzulage ab 8. August am nächsten Sonnabend auszahlen. Diese wurde zugesagt unter der Bedingung, daß der Streik nicht eintreten und verhandelt würde.

Den arbeitswilligen Arbeitern aber ist zu erklären, daß über die Aufrechterhaltung unserer Angebote auch hinsichtlich der Ferien, in den Verhandlungen mit uns geredet werden könne.

Einwendungen über Kündigungen oder Akkordarbeit beantwortet man mit dem Hinweis, daß wir mit der Stillelegung der Betriebe die wirtschaftliche Gegenmaßnahme gegen den über unsere Mitglieder verhängten Streik ergreifen und daß mit dem Streik die Betriebe ohne Wahl, ob Akkord- oder Lohnarbeit, stillgelegt worden wären.

In den Städten und Bezirken um Berlin haben die Arbeiter bereits die Arbeiten wieder aufgenommen, weil sie auf den Mantelvertrag verzichteten und über die Lohnforderungen zum Teil Einigkeit erzielt worden ist.

Niemand handle gegen den Willen der Organisation, es geht ums Ganze, es gilt für Ganze! Niemand zahle, niemand lasse Arbeiter in den Betrieb!

Niemand unterschreibe auch das ganz neue Formular der Arbeiter, auf dem nur die Löhne ohne den Mantelvertrag verlangt werden.

Wir sind bereit, zu verhandeln. Vorstehendes ist den Arbeitern vorzulesen, aber gut aufzubewahren.

Bereinigte Verbände der Berliner Holzindustrie. J. A.: Theodor Paeth.

Der Öffentlichkeit können wir dieses Dokument nicht vorenthalten, um damit den Beweis zu erbringen, mit welcher verlogenen Mitteln die Arbeitgeber in ihrem Kreise arbeiten. Sie scheuen sich nicht, ihre eigenen Mitglieder mit Unwahrheiten zu traktieren...

In den letzten Versammlungen der Arbeitgeber, welche von Paeth einberufen wurden, wurde die Unannehmbarkeit des Mantelvertrages damit begründet, daß die Lohnsätze für Berlin in Zukunft von den Tarifämtern festgesetzt werden.

Man mühte annehmen, daß bei diesen wissentlich falschen Behauptungen den Herren die Schamröte ins Gesicht steigt. Aber dann scheuen die Herren nicht zurück, das ist ja der Zweck ihrer ganzen Taktik.

Der Vertrag sieht vor, daß jeder Bezirk, und so auch Berlin, die Lohnsätze zwischen beiden Parteien zu vereinbaren hat, ohne Mitwirken jedweder Vertragsinstanz. Wer in Streitfällen entscheidet, ist eigens Aufgabe der örtlichen Parteien, und nur mit Zustimmung beider Parteien kann irgendwelche Schlichtungsinstanz angerufen werden.

Mit der Regelung der Akkordarbeit liegt es ähnlich. Hier wollen die Arbeitgeber jedes Jurastückchen der Arbeitnehmerschaft unbedingt ablehnen. Sie, als die Herren im Hause, wollen bestimmen, welche Arbeit in Akkord herzustellen ist, und welche Preise für dieselbe zu zahlen sind.

Die Lehrlingsfrage zu regeln ist, nach Angabe der Arbeitgeber, grundsätzlich nicht Aufgabe der Vertragsparteien. Hier wollen sie unter allen Umständen die Bewegungsfreiheit behalten, um der Ausbeutung willkürlich Tür und Tor zu öffnen.

Die Lohnsätze für Berlin sollen nach dem Angebot der Arbeitgeber in Zukunft 6,75 M. betragen. Dieses Angebot bezeichnen die Berliner Holzarbeiter als einen Hohn, da feststeht, daß ungelerneten Arbeitern und solchen anderer Berufskreise in der jeweiligen Zeit schon längst 7-8 M. gezahlt werden.

Wenn Unparteiliche sich diese Streitobjekte vor Augen führen, wird man unwillkürlich fragen, ob es nicht Wahnsinn ist, wegen dieser Streitfälle einen Kampf von so weittragender Bedeutung zu provozieren.

Der Holzarbeiterverband hat kein Interesse, der Öffentlichkeit mit Lügennachrichten auszuwarten und überläßt ihr das Urteil.

Die streikenden Holzarbeiter haben die scharfmacherische Faust der Arbeitgeber Berlins zwei Jahre hindurch geführt, und kämpfen in Berlin um Rechte, die jedem Holzarbeiter des gesamten Reiches von Arbeitgeberseite längst zugestanden sind.

Groß-Berlin Zum Ländchen Glien.

Das Ländchen Glien (aus dem slawischen — Lehm) bildet eine inselartige Erhebung im Norden Berlins, die von der östlich gelegenen Barnimhochfläche durch die Havelniederung getrennt ist. Den Norden begrenzt das Rhinisch, ein Teil des Eberswalder Urstromtals, den Süden das Havelmündung, im Zuge des Berliner Urstromtals.

In Belten beginnen wir unsere Wanderung. Vom Stettiner Vorortbahnhof fahren wir dorthin. Die am Oststrand des Glien auf-

tretenden Töne dienen zur Herstellung von Rachein und Defen; ihnen verdankt Belten seinen blühenden Aufschwung.

Dorf Belten ist bekannt, überall wo's Defen gibt, Und wo zur Winterzeit Man warme Stuben liebt.

Wir wandern gen Nord durch den Ort und folgen dann der Straße nach Eichstädt. Sie führt über die Bahn und an alten Tomgruben vorüber durch abwechslungsreiches hügeliges Gelände. Etwa von der Mitte des Dorfs Eichstädt geht ein Weg in östlicher Richtung nach der Siedlung Neu-Beltesang. Am Beginn des Waldes liegt der Kolbe-Pfuhl. Solche oder ähnliche Bezeichnungen kleiner Gewässer (z. B. Röhlpfuhl, Röhlpfuhl) weisen darauf hin, daß hier in früheren Zeiten der Flachs bearbeitet, „geröhlet“, wurde.

Überbei an Reckins Eiche und Reckins Grab, zwei Erinnerungen an die Franzosenzeit. Die angebliche Grabstelle wird durch einen Reifighaufen bezeichnet, einen „Toten Mann“, wie es in der Mark heißt. Einen uralten Volksbrauch verrät ein solcher Reifighaufen. Um dem Toten, der seine Ruhe im Grab hat und rastlos umherirrt, seine Ruhe zu geben, wirft jeder Vorübergehende ein Reis oder eine Handvoll Erde auf das Grab. Man will den Toten möglichst beschweren, damit er in seinem Kämmerlein bleibe.

Der alten Hamburger Poststraße folgen wir nun gen Südost über Forsthaus Krämerpfuhl zum Ziegenkrug. Die alten Zeiten, als noch „Schwarzer ritt auf seiner Bahn“, wie wir sie nur noch aus alten Bildern und Reisebeschreibungen kennen, werden in uns lebendig, wenn wir den freundlichen Gasthof inmitten des Waldes gewahren. Dessenluch von Ziegenkrug steht ein Obelisk, eine alte Postsäule, wie sie an alten Poststraßen jetzt noch regelmäßig in bestimmten Entfernungen anzutreffen sind.

Am Forsthaus Bantsdorf vorüber geht es zum Waldrand. Vor uns liegt das freie offene Land; links sehen wir die Kirche von Eichstädt, vor uns Marwig und rechts die gewaltigen Rundbauten der Legeler Gasanstalt. Durch Marwig wandern wir nach Belten zurück. (Gesamtlänge: 25 Kilometer.)

Der Raubmord in der Potsdamer Straße.

Der mutmaßliche Täter gefangen, aber noch nicht ermittelt.

In der Wohnung der ermordeten Kassierin Minna Meiners in der Potsdamer Str. 100 nahm die Kriminalpolizei gestern noch einmal eine gründliche Durchsuchung aller Räume und Behältnisse vor. Sie fand dabei zwar keine Spur, die den Täter zurückgelassen hätte, wohl aber eine große Menge Zeitel, Postkarten und Briefe, die über das Treiben der Ermordeten und dessen Umfang weiteren Aufschluß geben, zugleich auch viele Photographien, die den Charakter ihres Treibens illustrierten.

Schon die bisherigen Vernehmungen und Feststellungen ergaben, daß das Quartier der Meiners als eine der schlimmsten Pasterhöhlen bezeichnet werden kann. Die Ermordete hatte früher schon einen Massagebetrieb in der Landwehrstraße, im Nordosten Berlins. Dort geriet sie wiederholt mit den Strafgefangenen in Konflikt und wurde auch verurteilt. Der Betrieb brachte ihr aber soviel ein, daß sie über solche Zwischenfälle hinwegkam und nach dem alten Belten der Stadt übersiedeln konnte, um dort noch zahlungsträchtigere Kundenschaft an sich zu ziehen.

Was den zurzeit noch unbekanntem Täter betrifft, so hat die Kriminalpolizei von einer Zeugin eine wichtige Befundung erhalten. Diese Zeugin, eine Hausgenossin, ging am Diens-

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Er trat vor sie hin, hob die Hände, deren Finger verkrampft waren, und sah sie mit atemloser Spannung an. „Weißt du denn, was es heißt: tot sein? Und weißt du, was leben heißt? ... Der Tote ist ausgeschaltet von allem Leid, auf das er ein Recht hat, da es ihn zum wahren Leben bringt! ... Er ist vorzeitig gestorben, Lucie, — während wir leben und die Inbrunst unserer Dual fühlen dürfen, die unser Heiligstes ist!“

Sie sah starr hinaus. „Kannst du nicht mehr weinen, Lucie?“ fragte er.

„Nein.“

„Ist es so wüst und so leer in dir?“

„Ja, wie auf einer Brandstätte, die nur noch glimmt und raucht.“

„Lucie, denke an meine zwölf Jahre! Zwölf Jahre sind eine lange Zeit, — ach, eine Unendlichkeit sind sie, wenn man sie allein verbringt, allein und von den Menschen verlassen, wenn man niemanden anderen hat als sich selbst! ... Aber diese Unendlichkeit führt uns zu uns selbst, Lucie, und wir erfahren, wer wir sind. Unser Ich weitet sich und verwächst mit der Unendlichkeit und wird gewahr, daß es selbst diese Unendlichkeit ist, dieses Ewige und Zeitlose, und das macht uns unermesslich glücklich und reich! ... Sieh, ich bin nicht böse zurückgekommen, wo ich doch böse hingegangen war. Ich habe mich gefügt, ... Weißt du, was das heißt, sich fügen? Es heißt: sich überwinden! Es heißt: groß und stark werden, — so groß und so stark, daß einem diese sichtbare Welt nichts mehr anhaben kann! ... Deshalb kenne ich keine Furcht mehr. Und auch du sollst dich nicht mehr fürchten, — es sei denn, daß du dich vor dir selber fürchten müßtest!“

„Was soll ich tun?“ fragte sie tonlos.

„Bereuen!“

„Wie?“

„Indem du mir sagst: dieses hier ist mein Viebste und Teuerstes, — und gerade dieses gebe ich preis, — ja, gerade dieses!“

„Mein Kind?“ fragte sie entsetzt.

„Ja, dein Kind.“ Sie sank in die Knie und warf sich mit dem Oberkörper auf einen Stuhl. „Du bist grausam!“

„Nur unser Schicksal scheint es zu sein, das von uns fordert, daß wir uns unterwerfen, — und das uns doch emporhebt, mit Liebe emporhebt, sobald wir es vermocht haben, und das uns belohnt.“

„Womit,“ fragte sie, an den Ketten zerrend, die er um sie legte, „womit, da wir dann alles verloren haben?“

„Alles, ja, — nur uns selbst nicht,“ versetzte er ruhig, „nur uns selbst nicht!“

„Geh,“ schrie sie ihn heiser an, „geh...“

„Ich gehe, aber ich komme wieder.“

Sie stand auf und blickte ihm voll Spannung ins Gesicht.

„Was willst du von mir?“

„Daß du dein Wort einlösest,“ sagte er streng.

„Mein Wort?“

„Dein Wort aus jenen Tagen, — hast du es vergessen, vergißt du deine Worte so leicht?“

Sie wurde rot und ihre Augen bekamen etwas Flackendes. „Weißt du nicht, daß ich deine Frau bin?“

„Was tut das?“

„Was das tut —?“

Er kniff die Lippen heftig zusammen, als werde es ihm nur schwer, sie wieder zu öffnen. „Ich verlange es, daß du meine Frau wirst. Ich habe ein Recht, das zu verlangen. Und ich werde mein Recht durchsetzen, glaub mir!“

„Wie?“ fragte sie erstaunt.

„Weißt du, daß ihr ruiniert seid,“ gab er zur Antwort, „bettelarm, du und dein Mann?“

„Nein,“ sagte sie und zuckte plötzlich auf.

„Sein Geld ist weg, das deine ist es und das vieler anderer auch! ... Der Zusammenbruch wird über Nacht kommen. Ich kann dir die Stunde sagen.“

Ihre Augen wollten ihn verschlingen. „Du — du bist — ein ... Scheusal,“ flüsterte sie.

„Ich will mein Recht,“ sagte er kalt.

„Und du — du sprichst von — Reue, Verzeihung und ...“

„Hast du jemals davon gesprochen?“

Sie wandte sich angeekelt ab. „Geh, geh,“ befahl sie ihm drohend.

„Ja, ich gehe. Aber es ist es aus, beschle ich dir, über-

eines nachzudenken: ob du ein Recht hast, einen Menschen, der für dich gelitten hat, zu betrügen! ... Darüber denke nach! Und ich sage dir: das Unrecht, das du mir antust, soll über dein Kind kommen! Hörst du? Ueber dein Kind!“

„Geh,“ rief sie stöhnend, „geh!“

Und plötzlich war es Nacht um sie.

Als sie wieder zu sich kam, merkte sie, daß Lu an ihrer Seite war und sie am Arm zerrte.

Sie zog das Kind in ihre Arme und drückte es so heftig, daß es ausschrie.

„Lu,“ schluchzte sie, „Lu...“

Sah erschrocken sie zugleich und blickte auf, um zu sehen, ob er noch da sei.

Aber er war fort.

Da trug sie das Kind auf die Ottomane und warf es ihm nieder.

„Lu, Lu!“ schrie sie laut und angstvoll.

23.

Es war schon Abend geworden, die Uhr zeigte die achte Stunde an.

Reisner war in eine Bar getreten und goh rasch hintereinander zwei, drei Cognacs hinunter. Die Hand zitterte ihm vor Nervosität. Er warf eine halb ausgerauchte Zigarette fort und zündete sich sogleich eine neue an. Dann zahlte er und warf die Tür hinter sich zu. „In die Tiergartenstraße!“ herrschte er seinen Chauffeur an, der erschrocken ankurbelte.

Es war nun das dritte Mal, daß er bei Frau von Marisch vorzufahren gedachte. Zweimal schon war er abgemiesen worden, ohne jede andere Begründung als die, daß die gnädige Frau krank sei.

Er fluchte. Was ging es ihn an, daß sie vielleicht Kopfschmerz hatte, wo er doch selbst im Sterben lag. Sie mußte ihn jetzt vorlassen, und wenn er mit Gewalt bei ihr eindringen sollte. Ehe sie nicht das Dokument unterzeichnet hatte, das er in seiner Rocktasche trug — es war eine Bürgschaftserklärung —, wich er nicht von der Stelle. Es mußte gelingen. Hatte er sie nicht schon so oft überrumpelt?

Der Wagen fuhr schnell dahin und näherte sich seinem Ziel. Reisner kolpste das Herz. Ihm war, als gebe er sich eine Galgenfrist, während er jetzt den Chauffeur anwies, erst noch ein wenig, etwa zehn Minuten, einige Umwege zu machen. (Fortf. folgt.)

tag morgen gegen 9 Uhr aus, um einzuhafen. Als sie die Treppe hinunterging, sah sie unter sich vor der Wohnungstür der Weiners einen Mann, der gerade aus der Wohnung herausgekommen war und eine Handbewegung machte, als ob er durch den Türspalt einer anderen Person, die auf dem Wohnungslur gestanden haben mag, etwas hineingereicht hätte. An diesem Manne, der einen modischen Anzug neuesten Schnittes trug, fiel der Zeugin ein schüchternes Wesen auf. Es gewinnt den Anschein, daß dieser Mann der Täter ist. Denn etwa um diese Zeit muß das Verbrechen verübt worden sein. Am Dienstag morgen hat die Weiners, wie festgestellt worden ist, noch gelebt. Um 10 Uhr vormittags dagegen nicht mehr.

Wenn auch das Fehlen eines Geldbeutels und der Schmuckstücke auf einen geplanten Raubmord schließen lassen, so läßt die Kriminalpolizei jedoch nicht die Möglichkeit außer acht, daß es sich um die Tat eines Sadisten handelt, der die Verwundungen angerichtet und die fehlenden Sachen mitgenommen hat, um einen Raubmord vorzutäuschen. Die Kriminalpolizei legt mit einem Heer von Beamten ihre Nachforschungen nach allen Richtungen fort. Mitteilungen aus dem Publikum, für die die Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt ist, nimmt die Kriminalpolizei im Zimmer 86 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausenruf 514, entgegen.

Ein neuer Leichenfund.

Der gestern wieder im Luisenstädtischen Kanal gemacht wurde, löst auf ein anderes bisher unbekanntes Verbrechen schließen. Ein Arbeiter der Wasserbauinspektion stieß zunächst vor dem Grundstück Engelster 15 den Kopf einer menschlichen Leiche und später auch zwei Füße aus dem Kanal. Unweit davon wurde sechsmal auch noch der Teil eines menschlichen Lebens gelandet. Zuerst glaubte man, daß es sich um den Kopf der bereits vor längerer Zeit aufgefundenen Leiche der ermordeten Frida Schubert handelt, der bisher noch fehlt. Die genauren Feststellungen haben aber jetzt ergeben, daß diese Annahme nicht zutrifft. Zur weiteren Aufklärung der Leichenfunde wird der Luisenstädtische Kanal und das Engelster noch genauer abgesehen. Zweckdienliche Mittelungen die zur Aufklärung der Leichenfunde dienen können, sind an Kriminalkommissar Dr. Niemann zu richten, der auch die beiden letzten Kapitalverbrechen Nieler Art, für dessen Aufklärung eine Belohnung von zusammen 10000 Mark ausgesetzt ist, bearbeitet.

Die frachenden Sportbanken.

Der Zusammenbruch der Weitzgerne läßt sich jetzt, nachdem das Vertrauen des Publikums erschüttert ist, nicht mehr aufhalten. Es trübt immer bedenklicher und schon die nächsten Tage dürften den allgemeinen „Wettersturz“ bringen. Am gestrigen Freitag hat wiederum eine Sportbank ihre Zahlungen eingestellt. Zwar verlangt sie vorläufig nur ein Moratorium, doch ist nach Lage der Dinge kaum mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die letzten Kunden, die ihr Geld noch nicht abgehoben haben, zu ihrem vollen Rechte kommen. Am Freitag vormittag hat die „Reinhold-Sportbank m. b. H. Biedermann u. Co.“, Belle-Alliance-Platz 6, ihre Bureaus geschlossen und an der Hausstür folgende Mitteilung angebracht: „Mit Rücksicht auf die durch den Zusammenbruch mehrerer Konzerne geschaffene Lage bleiben unsere Geschäftsräume bis Montag, den 22. d. M., geschlossen. Einzahlungen werden vorläufig nicht vorgenommen. Wir bitten höflich unsere Kunden, sich vernünftig und ruhig zu verhalten, da ihnen jede weitere Nachricht und Geldsendung durch die Post direkt zugeht.“

Trotz dieser Warnung verhielt sich die Kundschaft erklärlicherweise nicht ruhig und vernünftig, sondern veranlaßte in so erregter Weise das Geld zurück, daß der Geschäftsinhaber sich zwei Beamte der Schutzpolizei zu seinem persönlichen Schutz erbat. Erst nach Eingreifen der Scharpe gelang es, die aufgeregten Gläubiger einigermaßen zu beruhigen.

Der Liquidator.

Wir werden von verschiedenen Seiten auf die mitgeteilte Tatsache besonders hingewiesen, daß der Handelsanwalt Gerhard Bauer die Liquidation des Weitzgerne'schen Bankensystems übernommen haben soll. Dieser Herr soll besonders den Mitgliefern des ehemaligen Deutschen Siedlerbundes in sehr schlechter Erinnerung sein. Bis heute soll Herr Bauer seine damaligen Verpflichtungen nicht erfüllt haben. In Kürze werden sich der Staatsanwalt mit ihm und seinen Helfern beschäftigen, da alle gültigen Regelungsversuche gescheitert sind. Zeugen hierfür sollen ca. 30 Siedler des Geländes Mahlsdorf sein. Vielleicht sehen sich die Gerichte diese Persönlichkeit einmal genauer an.

Die Gläubiger-Schutzkommission der Sportbank Köhn begab sich zu dem Liquidator Bauer, um nähere Aufschlüsse über den Stand der Sache und Einsicht in die Bücher zu bekommen. Herr Bauer ließ durch seinen Vertreter Dr. Gilmann erklären, er lasse sich nicht belästigen, und die Bücher habe er noch nicht; dieselben befänden sich noch in dem Geschäftstotal der Bank, in der Mohrstr. 10. Er selbst fahre bis Dienstag nach Hamburg und wenn er dann zurück sei, könne er Einsicht in die Bücher gewähren, nachdem er sie selbst erst kennengelernt haben werde. Daraufhin beschloß die Kommission in das frühere Geschäftstotal, nach der Mohrstr. 10, welches jetzt der Aktien-Gesellschaft für Sportunternehmungen dient. Der Direktor Fischer erklärte, daß die Bücher der Sportbank Köhn da seien, und er würde dann der Kommission Einsicht gewähren, wenn Herr Bauer ihn dazu anweisen würde. Die Kommission berief sich auf die getroffene Vereinbarung und bot mit Rücksicht darauf, daß sie am Sonntag um 10 Uhr im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz der Gläubiger-Versammlung Bericht erstatten müsse, Herrn Fischer, sich sofort telefonisch an Herrn Bauer zu wenden. Herr Fischer tat dies bereitwillig, erhielt jedoch von Herrn Bauer die Anweisung, auf keinen Fall die Bücher vorzulegen.

Die Gläubiger-Schutzkommission wird nunmehr in der Gläubiger-Versammlung am Sonntag die Entscheidung über das weitere Vorgehen herbeiführen.

Die Hölle des Gatten.

Eine Ehefrau fand gestern vor der Ferienkammer ihren nachlässigen Abkömmling. Wegen Körperverletzung mittels einer des Beden gefährdenden Behandlung war der bisher völlig unbescholtene Handlungsgehilfe Theodor Hellmer angeklagt.

Der Angeklagte, der sich allgemein eines guten Rufes erfreut, ist seit einer Reihe von Jahren verheiratet, lebt aber in den denkbar unglücklichsten ehelichen Verhältnissen. Nach seiner Behauptung sei seine Frau zu bestimmten Zeiten nicht zu erreichen und leide zu dieser Zeit an einer Art Wutleere im Gehirn. Dieser Zustand habe sich nun verschlimmert, als Familienzwachs in Aussicht stand. In einem von vieler Irren- und Frauenärzten beschäftigten Schwangeren-Asyl in Berlin habe ihm seine Frau das Leben zur Hölle gemacht. Wie auch mehrere Zeugen bestätigten, habe die Frau mit Kompenen, Teller, Tassen nach ihm gemorren, habe mit kochendem Wasser nach ihm geworfen, mit Eisenstangen nach ihm geschlagen usw. Sobald er „Abwehrbewegungen“ machte, habe sie sich zu Boden gemorren und um Hilfe geschrien. Wie in solchen Fällen stets üblich, hätten natürlich sämtliche weiblichen Hausbewohner, ohne zu wissen, was eigentlich los war, sofort gegen ihn Partei genommen. — Auf die Anzeige der Frau hin wurde schließlich das vorige Strafverfahren gegen H. eingeleitet. Vor dem Schöffengericht beantragte der Anwalt feinerzeit ein Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch, da der Frau auch ein Teil der Schuld beizumessen sei, nur auf 500 M. Geldstrafe. Hiergegen legte sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch der Angeklagte Berufung ein. Vor Gericht wies Rechtsanwalt Dr. Cohnrich auf die Verdienste des hervorragenden ärztlichen Autoritäten über Schwangeren-Asyle hin und wies auf die Verhältnisse hin, die der Angeklagte, welcher als Laie diesen Zustand offenbar nicht erkannt habe, habe sich wahrscheinlich in höchster Erregung zu abwehrenden Schlägen hinreißen

lassen. Das Berufungsgericht hielt die vom Schöffengericht erkannte Strafe als eine durchaus angemessene Sühne und verworfe beide Berufungen.

Verhängte Lebensmittelkarten.

Gegen 25 Personen aus Oberschöneweide hatte die Ferienkammer des Landgerichts U eine Anklage zu verhandeln, durch die die Angeklagten — fast sämtlich Gemeindefunktionäre bzw. Hilfsarbeiter und Holzschneidlinge der Gemeinde Oberschöneweide — beschuldigt wurden teils der Verletzung amtlich ausbehaltener Urkunden, teils der Heberei. In Oberschöneweide war seit dem Jahre 1917 eine besondere Ausgabe-Stelle für Lebensmittelkarten eingerichtet worden, bei der die Kontrolle wohl nicht scharf genug war, so daß bis zum August 1919 zahlreiche Veruntreuungen von Lebensmittelkarten bzw. Kartenabschnitten stattfanden konnten. Mit der Ausgabe der Karten waren vier der angeklagten Frauen betraut, die offenbar ein zu großes Mißgefühl für die weiblichen Bedürfnisse der mitangetragten Beamten und Hilfsangehörigen hatten, denn es wurde allmählich zur Regel, daß sie fast sämtliche Anstellte der Lebensmittelstelle und Gemeindebeamte mit Karten, die ihnen nicht zustanden, versorgten. — Auch andere Personen erhielten solche Karten, wenn sie mit den ihnen zustehenden nicht auskamen oder wenn eine Hochzeit angeordnet wurde, ein Aushilfsklub ein Fest feierte u. dgl. m. Einen eigenen Vorfall haben die Damen, denen die Verletzung oblag, aus dieser Hilfsleistung für ihre Kollegen und andere Personen nicht gehabt. Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten hinaus beantragt. Das Gericht verurteilte die meisten Angeklagten zu 1 Woche Gefängnis, zwei zu je 1 Monat Gefängnis und bewilligte ihnen eine Bewährungsfrist bis zum Jahre 1924.

Der viergleisige Ausbau Frohnau-Oranienburg.

Seit längerer Zeit sind an der Nordbahnstrecke Berlin-Oranienburg Arbeiten für die Herstellung des dritten und vierten Gleises im Gange, die zu einer völligen Umgestaltung der Bahnanlagen auf dieser Strecke führen. Gleichzeitig mit dem Bau der nördlichen Umgehungsbahn, die vor einiger Zeit in Betrieb genommen worden ist, wurde mit der Umgestaltung des Vorort- und Fernbahnhofs Oranienburg begonnen. Als zweiter Bauabschnitt folgte die Verlegung des Güterbahnhofs Birkenwerder, der auf die Ostseite der Bahnstrecke verlegt wurde und für welchen die Herstellung einer neuen Vadestraße, Güterschuppen, Kompenanlagen jetzt fast vollendet ist, so daß der Güterbahnhof zum 1. Oktober in Betrieb genommen werden kann. Nunmehr wird der eigentliche Umbau der Strecke in Angriff genommen, für den zunächst als Provisorium die Herstellung eines neuen Gleispaars zwischen Frohnau und Birkenwerder erforderlich wird. Die beiden neuen vorläufigen Gleise dienen während der Zeit des Umbaus in gleicher Weise dem Vorort-, Fern- und Güterverkehr. Die Herstellung dieser beiden Gleise wird voraussichtlich ebenfalls bis zum 1. Oktober beendet sein können, so daß mit dem Tage der Inbetriebnahme der Güterbahnanlagen in Birkenwerder auch der Verkehr über die beiden neuen Gleise geführt werden kann. Trotz aller Beschleunigung der Bauarbeiten erscheint es fraglich, ob die Herstellung der neuen Gleise mit den Arbeiten für die Elektrifizierung der Strecke Stettiner Bahnhof-Hermadorf werden gleichen Schritt halten können, so daß die Einführung des elektrischen Betriebes auf dieser Reststrecke im Anschluß an die übrigen Arbeiten wird erfolgen können.

Vorort-Schnellzüge.

Die Wohnungsnot und der Mangel an geeigneten Heimstätten in der näheren Umgebung von Berlin haben es mit sich gebracht, daß eine immer größer werdende Zahl beruflich in Berlin tätiger Menschen in die weiter gelegenen Vororte abwandert und nun täglich gezwungen werden, weite, zeitraubende Reisen zwischen Wohnort und Arbeitsstätte zurückzulegen. Die durch diese Reisen entstehenden Zeitverluste, die in zahlreichen Fällen zwei oder mehr Stunden täglich betragen, können ganz wesentlich herabgemildert werden, wenn die Eisenbahnverwaltung mehr als bisher Vorort-Schnellzüge einrichten würde. Schon seit einer ganzen Reihe von Jahren ist diese Einrichtung auf der Wannesebahn mit gutem Erfolg durchgeführt. Die logen. Bankier-Schnellzüge, jetzt vier in jeder Richtung, halten zwischen Berlin und Zehlendorf-Mitte überhaupt nicht, von dort ab aber auf jeder Station bis Wannsee und verlaufen damit die Fahrzeit von 38 auf 25 Minuten, also um 13 Minuten auf einer nur 19 Kilometer langen Bahnstrecke. Auch auf der Strecke Fehrlers-Schlesischer Bahnhof werden an Sonntagen mit außerordentlich starkem Verkehr genau wie auf der Nordbahn (Stettiner Bahnhof-Oranienburg) von Friedrichshagen bzw. Frohnau durchgehende Züge nach dem Berliner Eingangsbahnhof gefahren. Die Möglichkeit einer solchen Einrichtung besteht demnach. Die Umgestaltung des Berliner Lokalbahnverkehrs zugunsten der Berufsreisenden ist eine zwingende Notwendigkeit, der sich die Eisenbahnverwaltung nicht verschließen sollte. Die Einführung der elektrischen Zugförderung soll eine Entlastung der einzelnen Bahnstrecken bringen, sie bringt aber keine Beschleunigung des Zugverkehrs in dem Maße, wie es die Vorort-Schnellzüge bringen würden und wie sie im Interesse einer gesunden Siedlungspolitik notwendig wäre. Daher sollte gleichzeitig mit der Einrichtung der elektrischen Zugförderung auch erneut die Frage des Verkehrs von Vorort-Schnellzügen, unter Umständen mit besonderem Zuschlag für ihre Benutzung, geprüft werden.

1200 Mark für eine Einbürgerung. Bei Ausfertigung von steuerpflichtigen Einbürgerungsurkunden werden in Zukunft neben den Stempelgebühren von 600 M. Ausfertigungsgebühren in Höhe von 600 M., also im ganzen 1200 M. erhoben. Bei nachgewiesener Bedürftigkeit kann die Gebühr bis auf 20 Proz. des jeweils an Stempelsteuer und Zuschlag zur Erhebung gelangenden Betrages ermäßigt werden.

Selbstmord eines Fünfzehnjährigen? Gestern wurde auf den Stadtbahngleisen zwischen den Stationen Beuelstraße und Jungfernheide die Leiche eines 15jährigen Knaben von Bahnbeamten aufgefunden. Wahrscheinlich hat der Knabe Selbstmord begangen, indem er sich von einem Eisenbahnzuge überfahren ließ. Die Leiche des Unbekannten führte man dem Schauhause zu.

Die Änderungen in Baukosten und Bewohnungsplan. Im Gemeindeblatt Nr. 34, das am Sonntag, den 23. August erscheint, wird von der städtischen Baukommission der 14. Nachtrag zur Baukostenverordnung für die Vororte von Berlin vom 30. Januar 1912 bis 10. Mai 1918 veröffentlicht. Es handelt sich in diesem Nachtrage um Änderungen in der 4. Paragrafen D in Abteilung V des Bewohnungsplanes und in der 5. Paragrafen F für Lichterhöfe.

Das Militärverwaltungsgericht Berlin in Charlottenburg, Berliner Str. 11, teilt uns mit, daß es infolge wiederholt vorgekommener Beschimpfungen und lässlicher Angriffe auf Beamten zu der Anordnung genötigt sei, daß von Montag, den 22. d. M., ab mündliche Aufträge im Dienstgebäude nicht mehr erteilt wird. Auf schriftliche Anfragen wird möglichst bald Antwort gegeben, wenn den Anträgen ein mit Aufschrift und Briefmarke versehenes Antwortschreiben oder eine Postkarte mit Antwort beigelegt ist.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Ueberqueren der Straße am Dom ein Radfahrer von einer Kradfahrschleife überfahren wurde, wollen sich bei H. Redetz, Berlin, Treseckowstr. 34, melden.

Aus den Kreisen.

Die Vertreter des 5. Kreises (Friedrichshagen) versammelten sich am 16. August im Schmidt'schen Gesellschaftshaus, Bruckstraße 38, um zunächst einen Vortrag des Genossen Stadtrat Rohn-Schönberg „Der Kampf um Groß-Berlin“ zu hören. In seinen 1 1/2stündigen

Ausführungen bewies der Redner die Notwendigkeit der Zusammenfassung Berlins zur Einheitsgemeinde. Er behandelte die Erläuterung unserer Fraktion zu einzelnen Fragen und betonte dabei, daß diese jeder Kritik standhalte und wir mit den größten Hoffnungen in den Wahlkampf ziehen können. Die kurze Diskussion, in der die Genossen Seiser und Reibetanz sprachen, und der Beifall, der dem Referat folgte, zeigte, daß der Redner mit seinen Ausführungen das Richtige getroffen hatte. Zum 3. Punkt: „Aufstellung der Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenwahl“ wurde nach dem Vorschlage der Siebenerkommission, die sich aus je einem Vertreter von jeder Verteilung des Kreises zusammensetzte, eine Liste mit 63 von den Verteilungen vorgeschlagene Kandidaten unverändert angenommen. An Stelle der aus dem Kreisvorstand ausgeschiedenen Genossin Broebel wurde Gen. Knöppchen bestätigt. Der Sängerkhorus veranstaltet am 4. September einen Ausflug nach Strausberg, zu dem alle Freunde eingeladen sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 20. August:

Charlottenburg-Oranienburg. Die Juristische Sprechstunde findet jeden Sonnabend von 5-6 Uhr im Jugendheim, Charlottenburg, Rohnenstr. 4, statt. Zeitungs-Verteilungen, Partei- oder Gemeindefestabend legitimiert. Jungesellinnen. Gruppe Brück 3 Uhr nachmittags Auftreten auf dem Spielplatz Ideal-Baugenossenschaft zur Beschäftigung der Gartenarbeitskräfte. Einschließend Fahrt nach Kiefern-Schwärze.

Morgen, Sonntag, den 21. August:

1. Kreis. Wilhelmsdorf, 9 Uhr Erweiterte Vorstandssitzung bei Hienfeldt, Ullrichstr. 74, Ecke Schönlagerstr.
24. Wkt. Familienausflug nach Järsfelde (Bebelstr.). Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. Gemeindefestabend und Radfahrer 10 1/2 Uhr Stettiner Vorortbahnhof oder direkt Järsfelde (Bebelstr.).
26. Wkt. Familienausflug nach Hermadorf. Abfahrt 10 30 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. Radfahrer treffen sich nachmittags 2 Uhr im Restaurant Tische, Ullrichstr. 15.
32. Wkt. Kiefern. Treffpunkt der Genossinnen und Genossen früh 8 1/2 Uhr bei Wolff, Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Kiefernstraße, zur Beschäftigung der Gartenarbeitskräfte.

Jugendveranstaltungen.

Veren Jugend. Sekretariat: SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Npl. 121 85-10.

Eine Konferenz sämtlicher Landesleiter findet heute um 7 Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof links, statt. Als Abschluß der Konferenz findet eine Wanderung statt.

Wanderungen. Offen, Stralauer Viertel. Nach Bernau-Mehse. Treffpunkt 3 Uhr am Rudolphplatz. — Köpenick. Nach Kiefern-Schwärze. Treffpunkt 7 Uhr Schönlagerstr. — Wedding. Nach Kiefern-Schwärze. Treffpunkt abends 6 Uhr Kiefernstraße, Ecke Kiefernstraße. Treffpunkt für Radfahrer Sonntag best. 10.

Wanderungen am Sonntag, den 21. August. Schöneberg. Nach Strausberg-Bohse. Treffpunkt Bahnhof Oranienburg, Abfahrt 8 30 Uhr. — Hermadorf. Nach Fehrlers-Schlesischer Bahnhof. Treffpunkt 10 1/2 Uhr beim. — Johannisthal. Nach Kiefern-Schwärze. Treffpunkt 6 Uhr am Waldhauser. — Kiefern. Nach Kiefern-Schwärze. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Schönlagerbrunnen. — Köpenick. Nach Fehrlers-Schwärze. Treffpunkt 8 Uhr Kiefernplatz (Berolina). — Kiefern-Schwärze. Treffpunkt 8 Uhr Kiefernplatz (Berolina). — Kiefern-Schwärze. Treffpunkt Sonntag abends 6 Uhr Kiefernplatz (Berolina). — Wilhelmsdorf. Nach Bernau. Treffpunkt 1/2 Uhr Rathaus.

Aus aller Welt.

Berlin-Palästina in sieben Tagen. Zu dieser Notiz teilt uns das Reisebureau „Naamir“ noch die Fahrpreise mit. Sie betragen III. Klasse und 3. Klasse Berlin-Triest über München-Salzburg 350 M., Triest-Alexandrien 17 Pfund. Von Alexandrien ab ägyptische Pfund. Die noch höher stehen, nach Jaffa 2,265, Haifa 2,495, Jerusalem 2,715.

Ein Meteor. Donnerstag abend wurde in Heidelberg und in der ganzen Umgebung ein auffallend hell leuchtendes Meteor gesehen. Es war von blaugrüner Farbe und zog von Nordwesten nach Südosten, wo es in viele leuchtende Verästelungen zerplatzte. Auf der Königsstuhl-Sternwarte wurde die gleiche Beobachtung gemacht.

Kaiserliche sibirische Franzosen in Schweiter. Aus dem besetzten Gebiet eingetroffene Reisende berichten: Die marokkanischen Truppen von Schweiter und Umgebung sollten nach Frankreich transportiert werden, sie weigerten sich jedoch, ihre Garnison zu verlassen und gaben auf die zu Hilfe herbeieilenden Truppen Feuer. Ein Offizier wurde getötet, mehrere Soldaten verwundet. Später wurden die Marokkaner umarmt und dann in kleinen Gruppen abtransportiert. Der größte Teil von ihnen befand sich in den letzten Tagen noch in der Nähe von Trier. Schweiter ist von Belgieren besetzt.

Kaiserfeier in Wien. Die „Kronkämpfer“ und katholischen Junglinge von Dieging führten am Vorabend von Karls des Geburtstages das Bedürfnis, ihren angestammten Herrscher mit einer eindrucksvollen Kundgebung „zu ehren“. Also zogen sie um 8 Uhr abends mit schwarzgelben Kompagnien, die die Inschrift: „Hoch Kaiser Karl!“ trugen, auf die Straße. Dort gesellten sich aber auch Arbeiter zu ihnen, die sie ein Stück Weges begleiteten und ihnen in der Reinkogasse die schönen Lampions wegnahmen und veräschten.

Eine britische Reichsstation wurde in Penzance (Dorset) eröffnet. Durch diese Station ist England mit Nairo drahtlos verbunden. — Rauen reicht viel weiter.

Spaniens Werberuf in London hatte großen Zulauf der Arbeitlosen, sie und fertig zur Reise, vor dem spanischen Konsulat zur Folge. Als ihnen mitgeteilt wurde, daß sie sich die Reise selbst bezahlen müßten, gab es Lärm, so daß Polizei einrückte.

Die britische Verwaltung im Tanganyika-Territorium, dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika, hat die deutschen Gebiets- und Ortsnamen gewisser Distrikte und Städte durch die alten Eingeborenenbezeichnungen ersetzt. Der Distrikt Wilhelmstal heißt jetzt Usambaradistrikt, die Stadt Wilhelmstal Ushoto, der Distrikt Bismarckburg, am südöstlichen Ende des Tanganyikasees Uspidistrikt und der Hafen Bismarckburg am See heißt Rafana, der Distrikt Tangenburg, zwischen Tanganyika und Rnassa, Rungwedistrikt und seine Hauptstadt Neu-Tangenburg Tuluwu. Viehhofen am Rnassasee heißt jetzt Randa.

Keine Pest in Polen. Der polnische Minister für öffentliche Gesundheit stellt fest, daß die im Ausland verbreiteten Nachrichten über das Auftreten der Pest in Polen falsch seien. Bisher ist dem Ministerium weder auf amtlichem noch auf privatem Wege von einem Pestfall Mitteilung gemacht worden.

Die Kamorra in Chicago. Zu der Verhaftung einer italienischen Mörderbande in Chicago, die 18 Morde auf dem Gewissen hat, meldet die Pariser „Chicago Tribune“, daß alle diese Morde sich in „Kleinitalien“ zwischen der Grant- und Christystraße abspielten haben, und daß sie sämtlich auf Befehl der Kamorra in Italien erfolgt sind. Die Chicagoer Polizei stellte fest, daß in allen 18 Fällen die „Lobesurteile“ der Opfer von der Kamorra nach Amerika geschickt worden waren. — Inzwischen ist aber, trotz der Verhaftungen, ein gewisser Joseph Sinicola inmitten seiner Kinder geflohen worden. Auch in diesem Falle dürfte es sich um einen Mord der Kamorra handeln.

Geschäftliche Mitteilungen.

Kaufmann aus Friedrichshagen werden durch die Reichsstraßenbau-Gesellschaft u. a. zweifache Preisen. Bismarckplatz 1, vom 25. August bis 5. September ausgeführt. Wir verweisen auf die heutige Anzeige im Infoterminal.

Wetterbericht bis Sonntag mittag: Vorherrschend heiter und meist trocken, später im Westen Erregung und etwas Regen bei wenig geänderten Temperaturen und aufziehenden östlichen Winden.

Wirtschaft

Vom Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Den europäischen Sozialisten kommt das Verdienst zu, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs von vornherein als das Kernproblem der Wiedergutmachung bezeichnet zu haben. Immer wieder ist auch in Deutschland darauf hingewiesen worden, daß der Geist des Hasses und der Rache erst dann weichen wird, wenn diese Wunden am Körper Europas geheilt ist. Die kapitalistischen Regierungen jedoch haben es mit dieser Kulturaufgabe nicht besonders eilig gehabt. Auch die französische nicht, eine Tatsache, die anlässlich eines von französischen Gewerkschaftsbund veranstalteten Kongresses über den Wiederaufbau zur Sprache kam. Da, von englisch-amerikanischer Seite wurde der Pariser Regierung ganz offen der Vorwurf gemacht, daß sie den Wiederaufbau verzögere, um die elende Lage der Gebiete und ihrer Bevölkerung politisch auszunutzen. In der Tat ist im Häuserbau, wohl dem wichtigsten Teilstück des gesamten Wertes, nur ganz mangelhaft geschafft worden.

Einige interessante Zusammenstellungen über die Lage in dem schwer geschädigten Departement du Nord fanden sich in letzter Zeit im „Reit Parisien“. Nacheinander wurden da zahlenmäßig belegte Angaben über den Stand der Landwirtschaft und der Industrie gemacht. Von rund 279.000 Hektar Ackerboden und 13.700 Hektar Gärten waren im Jahre 1920 noch etwa 10.000 Hektar bebaut, im Jahre 1921 nur mehr 8.909. Die Weizenanbaufläche dieses Gebietes schätzte man 1920 auf 93.000 Hektar, 1921 auf 108.000 Hektar. Der Gemüsebau hat sich vollkommen erholt, Obstkultur und Blumenzucht liegen noch jenseits davon. Es ist aber unübersehbar, daß der französische Bauernstand große Anstrengungen macht, die alte Produktionshöhe wieder zu erreichen. Der Viehhaltung sind die deutschen Lieferungen nicht unbedeutend zu Gute gekommen. Der Viehdreck des Norddepartements beläuft sich auf 81 Proz. (56.700 Stück) der Vorkriegszahl. An Maultieren zählt man 6500 gegen 2300 im Jahre 1913. An Rindern sind 209.000 gegen 300.000 vor dem Kriege vorhanden. Weidlich günstig liegen die Verhältnisse beim Viehzucht, dagegen hat sich der Schafbestand auf 30 bis 35 Proz. der Zahl von 1913 verringert.

In welchem Zustande sich die Industrie des Departements im Herbst 1918 befand, das ist aller Welt bekannt. Es war, wie auch der „Reit Parisien“ betont, so gut wie nichts mehr da. Und dabei sollte man im Juli 1914 folgende Werkstätten im Betrieb festgestellt: Eisenindustrie 4934, chemische Industrie 516, Textilindustrie 137, Textilien 2259, Konfektion 3716, Stroh, Federn, Haare 65, Leder und Häute 1071, Holzindustrie 2974, Metallgewinnung 34, Metallverarbeitung 3388, Steinindustrie 280, Bauindustrie 2431, Steine und gebrannte Erden 767. Die Gesamtzahl der Arbeiter in diesen Industriezweigen betrug rund 487.000.

Wie stehen nun die Dinge heute? Das Blatt gibt darüber Zahlen vom April 1921 und schreibt: „Die Bauindustrie, die Erdarbeiten und die öffentlichen Dienste kamen zuerst wieder in Betrieb. . . In der Textilindustrie des Viller Arrondissement findet man von den 485 Fabriken 400, die arbeiten. Dabei erreicht die Textilindustrie 95 Proz. der Vorkriegszeit, obwohl von 150.000 Arbeitern nur mehr 95.000 beschäftigt sind.“ Diese hohe Produktionsziffer trotz verringerter Betriebe- und Arbeiterzahl läßt auf Rationalisierung dieser Industrie schließen. Man hat ohne Zweifel beim Wiederaufbau günstigere technische Anlagen geschaffen, die eine Verringerung der menschlichen Arbeitskraft und eine Intensivierung des Produktionsprozesses ermöglicht. Der Rückgang der Arbeiterzahl läßt sich übrigens auch in allen übrigen Industrien feststellen, ist aber auf andere Gründe zurückzuführen. In der Branche der Ziegel und gebrannten Erden gibt es etwa 450 Unternehmungen mit mehr als 20 Anstellten — im ganzen etwa 20.000 Arbeiter. Jetzt haben davon 60 Proz. die Arbeit wieder aufgenommen; das Personal umfaßt etwa 30 Proz. desjenigen von 1914. Die Glasindustrie war im Norddepartement sehr blühend. Die Arbeiterzahl beläuft sich nur mehr auf 15 Proz. der Vorkriegszahl. Von den 26 Fabriken von 1914 haben 22 mit ihrem Betrieb wieder angefangen. Die keramische Industrie beschäftigte etwa 6400 Arbeiter; die heutige Zahl erreicht nur mehr 45 Proz. der Vorkriegszahl. Die Metallgewinnungsindustrie beschäftigt heute etwa 30, die Metallverarbeitungsindustrie 60 Proz. Bloß die Bauindustrie hat ihre früheren Leistungen überboten.“

Was den gewaltigen Rückgang der Arbeiterzahl angeht, so ist der Hauptgrund im Mangel an Wohnungen zu suchen. Das französische Blatt betont, daß manche Fabriken keine Leute einstellen könnten, wenn nur geeignete Unterkünfte vorhanden wäre. Die Frage des Wohnungsbaus hat ja auch in den Verhandlungen zwischen Robbenau und Voucher eine große Rolle gespielt. Deutschland muß alles tun, um möglichst viele Arbeitskräfte zu zeigen, um die Leidenszeit der zerstörten Gebiete abzukürzen. Nur so werden wir den Weg zur Beruhigung Europas erfolgreich beschreiten und den Teil der Schuld zahlen können, den die Männer des kaiserlichen Deutschlands auf sich und ihr Volk geladen haben.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat Juli.
Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens einschließlich der linksrheinischen Zechen hat nach den endgültigen Feststellungen betragen:

	Gesamtförderung	Zahl der Arbeitskräfte	Arbeitsmäßige Förderung
Juli 1921	7 782 676 To.	26	299 834 To.
Juni 1921	7 788 850	25 1/2	307 068
Febr. 1921	8 174 606	24	340 609
Juli 1918	10 150 847	27	376 989

Die arbeitsmäßige Förderung ist von 307 068 Tonnen im Juni 1921 auf 299 834 Tonnen im Juli zurückgegangen. Im Vergleich zum Monat Februar 1921, dem letzten Überfließmonat (arbeitsmäßige Förderung 340 609 Tonnen) war im Juli eine Wiedereinwirkung von rund 41 800 Tonnen zu verzeichnen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug Ende Juli 1921 547 400 gegen 547 604 im Juni. Die Lagerbestände sind von 231 000 Tonnen im Juni auf 288 800 Tonnen im Juli gestiegen.

Amerika als Warenlieferant.

Fast die Hälfte des acht Milliarden Dollar betragenden Ausfuhrüberschusses der Vereinigten Staaten bestand im letzten Jahr aus nur zehn Artikeln, von denen sieben durch Nahrungsmittel oder Rohstoffe dargestellt werden. Zu allererst auf der Liste steht Baumwolle im Werte von mehr als einer Milliarde. Als nächstes folgt Weizen in Höhe von 397 Millionen Dollar. Die dritte Stelle nahm im Vorjahr die Kohle ein, von der ungeheure Mengen zu hohen Preisen verschifft wurden. Dann folgen als viertes Automobile im Werte von 238 Millionen, während Lacke an fünfter Stelle rangiert. Die sechste wird von Baumwollstoffen eingenommen, deren Ausfuhr 226 Millionen Dollar erreichte. Die siebente von Weizenmehl im Werte von 224 Millionen. Schmieröl folgt als achtes und den Beschluß machen Speck und Schmalz.

Von diesen gewaltig anwachsenden Ausfuhrsummen muß ein so großer Teil auf die Erhöhung der Preise infolge der Geldentwertung zurückgeführt werden. Zur Überprüfung, ob die Ausfuhr dem Umfang nach gegen das Vorjahr gestiegen ist, hat die Handelszeitung „The Nations Business“ 52 Artikel im Werte von über 10 Millionen Dollar auf die gemeinsame Gewichtseinheit des Pfunds gebracht. Danach ergab sich für 1920 eine Gesamtzahl von 157,7 Milliarden Pfund, was gegen den Durchschnitt der Vorkriegszeit — 85,5 Milliarden Pfund — eine Steigerung um rund 84 Proz. bedeutet. Die Zunahme gegen 1919 mit seinen 114 Milliarden Pfund war nicht so groß, betrug aber immer noch rund 35 Proz., also ein ganz beträchtlicher Fortschritt.

Dem Umfange nach steht Kohle unter den ausgeführten Gütern an erster Stelle; nicht weniger als 60 Milliarden Pfund davon verließen 1920 das Land, das ist mehr als doppelt soviel als der Vorkriegsdurchschnitt und um 74 Proz. mehr als 1919.

An Weizen wurden 13 Milliarden Pfund exportiert, das sind 178 Proz. mehr als vor dem Kriege und 47 Proz. mehr als im Jahre 1919. In Del — zu Brenn- und Leuchtzwecken — wurden zusammen rund 12 Milliarden verschifft. Die Ausfuhr von Weizenmehl war um 25 Proz. geringer als 1919, aber immer noch um 80 Proz. höher als vor dem Kriege.

Eine Reihe von wichtigen Verbrauchsartikeln steht zugleich auf der Ein- und Ausfuhrliste. Amerika führt große Mengen von „hochwertiger Baumwolle“ aus und liefert das feinere ägyptische und das arabische ägyptische Erzeugnis für solche Zwecke ein, für die kein eigenes Produkt weniger geeignet ist. Virginia, Nord-Carolina und Kentucky-Tabak werden exportiert und Erzeugnisse von Kuba, Sumatra und der Türkei importiert.

Ein neuer Meßpalast in Leipzig. Leipzig baut einen massiven Meßpalast in bester Meßlage zwischen Markt und Hauptbahnhof; er wird schon im Herbst 1922 neben dem neuen Meßhaus Union eröffnet werden. In 6 Geschossen bietet es gegen 6000 Quadratmeter Ausstellungsraum. Das Baukapital beträgt 12 Millionen Mark. 6 Millionen sind als Hypothekensumme gesichert. Die anderen sechs Millionen Mark werden in Form von Aktien aufgebracht. Ein großer Teil der Aktien ist bereits gezeichnet und zwar durch Käufer selbst.

Deutschlands Bestellung an den Kustrogen Samjettlands. Der Vorsitzende der russischen Eisenbahnkommission im Auslande, Professor Lomonosow, erklärte einem Ausleger über die bisher gemachten Bestellungen: Es sind in Deutschland bei 37 Firmen 1700 Lokomotiven und große Mengen verschiedenen Eisenbahnmaterials bestellt; noch größere Aufträge habe Schweden erhalten, wo 67 Firmen an der Ausführung beteiligt seien; Bestellungen seien auch an die Tschechoslowakei, Desterreich und England ergangen, so z. B. an die Firma Kruppwerk, allein auf die Lieferung von 1500 Lokomotiven. Des Eintreffens der ersten 9 Lokomotiven wird Anfang September erwartet, vom Oktober ab wird die Lieferung größerer Posten, circa 200 Lokomotiven monatlich, vor sich gehen.

Die russisch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen. Dem „Messaggero“ zufolge sind die italienischen Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation über ein wirtschaftliches Abkommen dem Abschluß nahe. Das Abkommen, das in Kürze unterzeichnet werden wird, enthält in der Hauptsache folgende Bestimmungen: 1. Die gegenseitige Verpflichtung, unverzüglich Verhandlungen über ein weitergehendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zu eröffnen. 2. Die Verpflichtung Russlands, Italien dieselben Erleichterungen und Vorteile wie den anderen Ländern zuzugestehen. 3. Die Verpflichtung Russlands, die Forderungen Italiens wegen der Ausland gewährten Kredite in billiger Ermäßigung zu ziehen. 4. Die Verpflichtungen Sowjetrusslands und seiner Delegierten, in Italien sich jedes Verfalls politischer Propaganda im Königreiche zu enthalten.

Ungarischer Außenhandel. Das ungarische Statistische Landzentralamt veröffentlicht die Ergebnisse des ungarischen Außenhandels im Jahre 1920. Danach betrug die Einfuhr 5,5 Millionen, die Ausfuhr 5,2 Millionen Doppelzentner, wobei auf Deutschösterreich, Tschechien und Deutschland der größte Teil dieses Verkehrs entfiel. Im Einfuhrverkehr wurden aus Tschechien 2 Millionen Doppelzentner Waren eingeführt. Aus Deutschösterreich importierte Ungarn 1,7 Millionen Doppelzentner. Aus Deutschland wurden eingeführt 400 000 Doppelzentner Eisen und 106 Doppelzentner Kohle und 200 000 Doppelzentner Eisen und Maschinen. Im Ausfuhrverkehr entfallen vier Fünftel auf Deutschösterreich.

14. Bundestag des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“.

Der Bundestag des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“ tagte vom 13.—16. August im Volkspark in Halle. Es waren 108 Delegierte und Vorstandsmitglieder anwesend. Als Gäste waren Vertreter der Schweizerischen Bundesorganisation, der Zentralkommission für Sport und Körperpflege, des Arbeiter-Turnerbundes und des Arbeiter-Samariterbundes erschienen.

Vandervorstand Ritzmann gedachte in seiner Eröffnungsrede des 25jährigen Jubiläums des Bundes, das in diesem Jahr gefeiert wurde. Der Bund könne mit Befriedigung auf seine Tätigkeit in dieser Zeit zurückblicken. Heute zähle er 200 000 Mitglieder, die in 300 Ortsgruppen vereint seien. Am zweiten Verhandlungstag erstattete Bundesvorsitzender Riemann den Geschäftsbericht des Vorstandes für die beiden letzten Jahre. Riemann besprach die erfreuliche Entwicklung des Bundes und leitete mit, daß es gelungen sei, ab 1. Januar 1920 die Verwirklichung der Chemnitzer Unterabstimmungsvereinbarung für Radsfahrer mit dem Bunde zustande zu bringen. Das anlässlich der Unruhen in Mitteldeutschland für den Radsportbezirk Leipzig erlassene Radsfahrverbot sei wieder aufgehoben worden. Gegen die Auflösung einer Ortsgruppe habe der Vorstand im Verwaltungsamt Klage erhoben. Den Kassabericht gab Zimmermann-Offenbach a. M., der den Kassabeschluss erläuterte. Die Ausgaben seien weit über den Voranschlag hinausgegangen, das habe auch einen Rückgang des Bundesvermögens im letzten Jahr verursacht. Eine Beitragserhöhung sei deshalb nicht zu umgehen. An die Geschäftsberichte schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, in der die Delegierten sich im allgemeinen mit der Tätigkeit des Bundesvorstandes einverstanden erklärten, aber zum Teil Wünsche und Beschwerden vortrugen. Berlangt wurde a. a., daß der Vorstand sich mehr um Jugendpflege kümmere. Es müsse alles getan werden, um auch die Jugendlichen für den Bund zu gewinnen; man solle ihnen Vergünstigungen gewähren. Sehr eingehend wurden die Grenzüberreitungen an der Hand und dabei geschickt, welche Schwierigkeiten besonders von der Tschechoslowakei gemacht werden.

Am 4. Verhandlungstage referierte Bildung-Beipzig über: **Zentralkommission und Sportinternationale.**

Er zeigte, wie die Arbeitersportbewegung nach dem Kriege an Bedeutung gewonnen hat. Der Sport habe in Deutschland eine große Zukunft. Die Bürgerlichen erblicke im Sport das einzige Mittel, um das Volk wehrfähig zu erheben. Für uns gelte es nun, die günstige Situation für den Sport auszunutzen und nicht still zuzusehen, wie die Bürgerlichen die Früchte einheimen. Auch der Arbeiter-Radsfahrerbund müsse den Sport mehr ausbauen und verjüngen, die Jugend an den Bund heranzuziehen. Wir lehnen den Wettbewerb im Sport nicht ab, wir wollen ihn aber in vernünftigen Grenzen halten. Wädung verbreitete sich hierauf im einzelnen über die Tätigkeit der Zentralkommission für Sport und Körperpflege. Es sei anzunehmen, daß von den vom Reich für die allgemeine körperliche Erziehung bewilligten 2 Millionen Mark die Arbeitersportverbände 1 Million Mark erhalten. Auch Fahrpreisermäßigung sei durchgeführt worden. Das Verhältnis gegenüber den bürgerlichen Sportvereinen präferierte der Redner dahin, daß es keine Sportgemeinschaft mit diesen geben könne. Wir sind und bleiben Kampfgesellschaften der Arbeiterschaft. Auf die internationalen Beziehungen eingehend, sagte Redner, daß diese seit einigen Jahren wieder angeknüpft seien. Auf dem letzten Internationalen Kongress in Luzern sei ein Programm aufgestellt worden, das im sozialistischen Sinne gehalten sei. Der 2. Internationale Kongress soll im nächsten Jahr in Leipzig und im Jahre 1925 soll die 1. Internationale Arbeiter-Olympiade stattfinden. Im Juni nächsten Jahres werde anlässlich des Bundesjahres des Arbeiterturnerbundes die 1. deutsche Arbeiter-Olympiade abgehalten, an der sich alle Arbeitersportverbände Deutschlands beteiligen. Da solle gezeigt werden, was der deutsche Arbeitersport leisten könne. (Beifalls Zustimmung.)

Die weiteren Verhandlungen des Bundestages betrafen mehr interne Fragen, im besonderen die Abänderung des Statuts. Der monatliche Bundesbeitrag wurde um 15 Proz. (von 40 Pf. auf 1 Mk.) erhöht, und die Unterhaltungsgebühren um den gleichen Prozentsatz. Die erhöhten Beiträge treten am 1. Januar 1922 in Kraft. Abgelehnt wurden Anträge, daß die Erlaubnis zu 10-Kilometer-Rennen aufgehoben wird.

Annahme fand eine Entschließung, die von den Verbänden fordert: die Freigabe aller Fußwege und Bonseits außerhalb der Dörfer für den Radsportverkehr; die unentgeltliche Freigabe aller Turnplätze und Schulplätze zu Übungsstunden der Radsfahrer; die Umwandlung der Reizeuge in Fahrradwege; die Ablösung der Radsfahrkarte; die Aufhebung der Besteuerung der Fahrräder; Ermäßigung der Gebühren für die Beförderung von Fahrrädern.

M. Schulmeister

Dresdener Straße 4 ★ Kottbuser Tor

325

Einbringungs-Anzüge

375

Hoppen-Anzüge

425

495

495

700

Kautabak-Niederlage
G. A. Hanewacker, Nordhausen
Grimm & Triepel, Nordhausen
Fischer & Herw g. Hans, Münden
M. Hausen Jr., Haderleben, Joseph Doms, Ratibor
Max Ziegenhals € 2, Poststraße 12
Telephon: Zeit-um 2/1
Verkauf nur an Händler

Nutzen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandisen,
Gas-, Ziede-, Rohr-, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschneidern und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 2, Dirksenstr. 12.
Telephon 13072 66 Kottbuserstraße, Berlin SW 13073

Wintermäntel
für Damen, Herren und Knaben, in den Preislagen 150.—, 175.— und 200.— Mk. Einzelverkauf werktäglich von 8—1 Uhr. Hand-er u. Besucher auswärt. Märkte hoch Rabatt!
Lolat G. m. b. H., Berlin-Friedenau
Kaiserallee 64/65. — Telephon: Rheingau 1189.
Straßenbahn: F. I. L. O. W. 31, 66, 69.
Ringbahn: Wilmersdorf-Friedenau.

Der Wassersport

bietet eine Hauptgrundlage für die künftige sportliche Erziehung des deutschen Volkes. Unter diesem Gesichtspunkte bauen wir unsere, für die Allgemeinheit bestimmte Wassersportanlage am Wannsee, Station Nikolassee, wo **Jedermann** in der Lage ist, sich dem **Wassersport** zu widmen. — Um allen sporttreibenden Vereinigungen Gelegenheit zu bieten, den Kanusport kennen zu lernen und sich zu trainieren, stellen wir **Sportvereinen und Schulen** für das kommende Jahr

20 Trainerboote

Vierundzwanzigsitzer, 11,20 m lang

unentgeltlich zur Verfügung. Nähere Bedingungen sind von uns zu beziehen.

Nordflug-Werke m. b. H., Teltow.

Nordflug-Kanuhaus Wannsee m. b. H., Wannsee.
Nordflug-Verkaufszentrale, Berlin, Wilhelmstr. 42a

Bettstellen
mit Stroh- u. Kork- u. Holz- u. Metall- u. Kompost. v. Mk. 650.— an
Möbel
jeder Art, trotz Lohnerhöhung niedrige Preise, auch auf
Teilzahlung
bei kleiner Anzahlung
Grebler
Weinbergweg 4
am Rosenthaler Platz
Von 7—10 Uhr geöffnet

Die Abreibung der Leibeskräfte
von Univ.-Prof. Dr. A. Bruns u. G. Hartmann
Wichtig
für Eheleute, Aerzte und Hebammen
Preis M. 2.—
Buchhandl. Vorwärts, Berlin SW, Linienstr. 12

Seit 70 Jahren
in San.-Rat Haussalbe
Dr. Strauß, Flechten, Bein- u. Krampfadernschmerzen, schmerzhaften und schwellenden Mittelfuß, Gelenk- u. Muskelschmerzen, Rheuma, Hauterkrankungen, Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Dönhofspl.

Quinones de Leon Berichterstatter.

Paris, 19. August. (Havas.) Jhll, der derzeitige Präsident des Völkerbundes, hat Quinones de Leon, den Vertreter Spaniens beim Völkerbundrat, ersucht, das Amt des Berichterstatters in der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundes am 29. August in Genf anzunehmen.

Jeder Besprechung des Völkerbundes geht eine möglichst vollständige und möglichst unparteiische Prüfung der Angelegenheit voraus. Zu diesem Zwecke beauftragt der Präsident für jede Angelegenheit, mit der sich der Völkerbundrat befaßt, ein Mitglied, einen Bericht vorzubereiten, der dazu bestimmt ist, den Mitgliedern des Rates alle Auskünfte und Aufklärungen zu liefern, die sie im Laufe der Besprechungen nötig haben könnten. Bei der Eröffnung der Sitzung verliest der unterrichtete Berichterstatter seinen Bericht, der sogleich an alle Mitglieder des Völkerbundes verteilt wird. Nach Beendigung des Berichts findet dem Falle entsprechend entweder sofort eine Besprechung statt, oder sie wird auf ein späteres Datum sofort eine Besprechung statt, oder sie wird auf ein späteres Datum versetzt. Die Möglichkeit zu geben, den Bericht einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und vom Berichterstatter gegebenenfalls vervollständigte Auskünfte zu erbitten. Nach dieser eingehenden Prüfung der Angelegenheit sprechen sich dann die Mitglieder des Völkerbundes aus.

Botschafter Quinones de Leon hat seine Karriere in Paris gemacht und gilt nach „Estreopra“ als außerordentlich französischfreundlich. Seit 11. August 1918 war er Botschafter in Paris, im Juli 1920 Präsident des Völkerbundes.

Frankreich bearbeitet ihn schon.

Paris, 19. August. (G.) Der „Temps“ beglückwünscht Spanien dazu, daß es Gelegenheit habe, eine so wichtige Rolle in einer bedeutenden historischen Frage zu spielen, die gegenwärtig Europa beschäftigt. Spanien könne endgültig dazu beitragen, die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, und den Friedensvertrag zu festigen; es sei ein glücklicher Umstand, daß diese Frage Spanien übertragen wurde zu einer Zeit, wo die spanische Regierung und das spanische Volk selbst einen Beweis ihres Patriotismus ablegen.

Dies- und jenseits des Kanals.

Paris, 19. August. (G.) Dem „Temps“ erscheint es wünschenswert, daß der Völkerbundrat die Angelegenheit anders studiere, als es der Oberste Rat getan habe, indem er sie mit neuen Augen betrachte. (Was, der Oberste Rat nicht mehr die Krone der Schöpfung? Red.) — Der „Antirassigant“ schreibt: Wenn in der oberflächlichen Frage eine unbefriedigende Lösung gefunden würde, was wahrscheinlich sei, so werde Oberschlesien doch nicht Frankreich (Y) Elsas-Lothringen werden, weder vom politischen noch vom Gefühlsstandpunkt aus, dürfte die oberflächliche Frage die Haltung Frankreichs bestimmen. Oberschlesien sei nur ein Zwischenfall in der französischen Geschichte. Warum sollte man sich den Kopf an einer Mauer einrennen, die man nicht umstürzen könne? Wenn die Lösung der oberflächlichen Frage nicht den Wünschen Frankreichs entsprechen würde, so müßte man, um eine Drohung im Osten unschädlich zu machen, die von Clemenceau verteidigte Auffassung wieder aufnehmen und an den Rhein zurückkehren (man ist doch da! Red.), der die wirksamste Garantie für die Sicherheit Frankreichs bleibe.

London, 19. August. (G.) Der „Daily Telegraph“ schreibt, es erzeuge in englischen Kreisen große Ueberraschung, daß man in Frankreich den von Lloyd George ausgesprochenen Gedanken nicht geneigt sei, das ganze oberflächliche Problem von Anfang an von einem unparteiischen Schiedsgericht oder von einer Gruppe von Schiedsrichtern beraten werde; es verursache in England Unruhe, daß Frankreich die Abmachungen der Finanzminister nicht anerkennen will (wonach Frankreichs Befugnisse durch die Saargruben bezahlt sind! Red.). Es beruhe in London felsenfest, daß man die Vollmachten Doumiers in letzter Stunde als ungültig erklärte. Wollte Frankreich die Abmachungen der Konferenz der Finanzminister tatsächlich nicht anerkennen, so könnten gefährliche Konflikte entstehen. Die getroffenen Vereinbarungen würden erschüttert werden, so, das ganze Abkommen könnte hinfällig werden.

Die Warschauer Verschwörungsoffäre.

Warschau, 19. August. (G.) Das angebliche Komplott der „Defensiv“, der politisch-militärischen Geheimpolizei, zieht weitere Kreise: die Rechte nimmt für die Ziowpolizei Partei, während die linke Presse die militärische „Defensiv“ verteidigt, da sie den Kreisen im Blickfeld nahesteht. Der Kernpunkt der Angelegenheit ist folgender: die militärische Defensiv widerstrebt ihrer vom Ministerrat beschlossenen Entmilitarisierung und Unterstellung unter den Innenminister, und versuchte daher durch Aufdeckung von Uebertreibungen, Korruption und einer „Verschwörung“ gegen den Kriegsminister und den Staatschef, deren die Ziow-„Defensiv“ schuldig sein soll, diese zu kompromittieren. Daraufhin erfolgten die Verhaftungen und die Demission von 70 Beamten der Ziow-„Defensiv“.

Die zwei verhafteten „Defensiv“ sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Herrn Korfantsch soll von den britischen und italienischen Behörden die Durchreise durch Oberschlesien bei sofortiger Verhaftung und Ausweisung verboten worden sein.

Lloyd George an Sinnfein.

London, 19. August. (W.B.) Im Unterhause erklärte Lloyd George bei Einbringung des Verabredungsantrages, das es wichtig sei, daß in Großbritannien, Irland und der Welt sich eine den Regierungsvorschlägen zur irischen Frage günstige Meinung bilde, so seien diese ausführlich in dem an Devalera gerichteten Briefe, der am 14. August veröffentlicht wurde, dargelegt worden. Falls die Bedingungen angenommen würden, so würden Verhandlungen folgen; die Ergebnisse würden dann in einem dem Parlament zu unterbreitenden Gesetze niedergelegt werden. Sollten die Bedingungen wider Erwarten abgelehnt werden, so werde die Regierung geneigt sein, nach Befragung des Parlamentes Schritte zu ergreifen. Lloyd George schloß mit der Aufforderung an die Sinnfein, lieber die Bedingungen anzunehmen, als neuen Streit zu entfachen.

Im Oberhause erklärte Lord Curzon, die Regierung habe Irland alles angeboten, was gegeben werden konnte, ohne die Sicherheit des Reiches, die Souveränität der Krone und die Einheit des britischen Reiches zu gefährden. Das Land stehe seitensfest gegen eine vollständige Abtrennung Irlands. Keine Regierung könne dies gewähren, sie würde Bürgerkrieg in Irland und den wirtschaftlichen Ruin Irlands bedeuten. Der Lordkanzler erklärte: Wenn die Verhandlungen zusammenbrechen sollten, so würde man zu Feindseligkeiten gezwungen werden, in einem Maße, wie dies bisher niemals Irland gegenüber geschehen sei. Die Regierung werde vor feineren Maßnahmen zurücktreten, die etwa notwendig werden könnten, um zu verhindern, daß ein wesentlicher Teil der britischen Inseln sich von der britischen Verfassung loslöse. Die Regierung stehe oder falle mit dem, was sie angeboten habe. Die Entscheidung, ob es angenommen oder verworfen werden solle, liege jetzt auf der anderen Seite.

Nächtlicher Kronrat in London.

London, 19. August. (W.B.) Wie die Blätter melden, hielt der König vergangene Nacht um 2 Uhr einen Kronrat ab. Für heute nachmittag ist das Kabinett zu einer Sitzung einberufen.

London, 19. August. (W.B.) In Dublin ist gestern abend bekanntgegeben worden, daß das Einseiner-Parlament die Antwort auf die Vorschläge der britischen Regierung am Montag in gemeinsamer Sitzung erörtern wird.

Helgoland im Unterhaus.

Laut „Morning Post“ vom 10. August 1921 fragte Abg. St. Mart nach Angaben über die wirkliche heutige Lage der Insel Helgoland und ihrer Bevölkerung; ob die Bedingungen des Vertrags, durch den die Insel Helgoland an Deutschland ausgehändigt worden sei, nicht ausgeführt worden wären und ob Deutschland jetzt die Inseln mit Härte behandle und nicht den bei der Besitzübergabe gemachten Versprechungen gemäß.

Unterstaatssekretär Harnsworth erwiderte, die Insel Helgoland sei ein Teil des Deutschen Reichs. Obgleich der Vertrag vom 1. Juli 1890, durch den die Insel an Deutschland abgetreten wurde, nicht ausdrücklich erneuert worden sei, habe er keine Mitteilung, welche zeigte, daß die besonderen Rechte der Inselaner zurückgezogen seien. Es scheine kein Grund vorzuliegen, die Aufmerksamkeit des Obersten Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Morgengabe für Baranya.

Eine ungarische Regierungsvorordnung bestimmt, daß das landrechtliche Verfahren auch bei jenen Verbrechen angewendet werden müsse, die auf dem Gebiet, das im Sinne des Trianoner Vertrages von der serbischen Wehrmacht geräumt worden muß, seit dem 31. Oktober 1918 behufs Usurpation des behördlichen Wirkungsbereiches, der Errichtung, Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung einer geschwundenen Herrschaft begangen wurden.

Diese Budapester Meldung des ungarischen Telegraphen-Korr.-Bureaus vom 17. August ist erst am 19. August nach Berlin gelangt, und zwar nicht durch das W.B., das sonst die täppischen Versuche der Horst-Wand-Bande zur Beeinflussung des Auslandes weiterverbreitet! Man hatte wohl Bedenken, die beabsichtigte Aufhängung aller Republikaner durch das Königlich ungarische Militär hinauszupusauen.

Die südslawische Regierung hat die Räumung Baranjas beschlossen.

Italiener in Westungarn.

Budapest, 19. August. (U.) Gleichzeitig mit der Generalübernahmekommission wurde nach Debrecen eine Abteilung italienischer Truppen in der Stärke von 100 Mann entsandt, die in Westungarn bis nach der Uebergabe verbleiben wird.

Amerika fordert Schuldbekennnis!

Paris, 19. August. (U.) Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ erklärt, aus autoritativer Quelle unterrichtet zu sein, daß die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen in ein kritisches Stadium eingetreten seien, weil die amerikanische Regierung die Aufnahme der Erklärung in den Friedensvertrag fordere, daß Deutschland allein am Kriegsausbruch schuld sei. Würde das Kabinett Birih diese Bedingung annehmen, so würde es sofort gestürzt werden, weil alle deutschen politischen Parteien fordern, daß ein internationaler neutraler Gerichtshof die Archive aller kriegführenden Staaten durchforsche, um diese Frage zu klären. Die deutsche Regierung hoffe, daß eine Formel gefunden werde, die über die im Versailler Frieden enthaltenen Bestimmungen über die Schuldfrage hinausgeht. Wenn dieses Hindernis zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika beseitigt ist, dann müssen noch die unerledigten wirtschaftlichen Fragen erörtert werden.

Washington, 19. August. (U.) Vier New Yorker Banken, die im Auftrag der Reichsbank handelten, zahlten im Bankhause Morgan u. Cie. 5 Millionen Dollars auf das Reparationskonto ein. Es ist die zweite Zahlung innerhalb zweier Wochen und dient dazu, um einen der 20 Dreimonatswechsel, die Deutschland der Reparationskommission übergab, einzulösen.

Amerikas Abrüstung.

Washington, 19. August. (G.) Senator Lodge, der bekanntlich zum Delegierten auf der Abrüstungskonferenz ernannt wurde, hat am Donnerstag im Senat eine Rede gehalten, worin er erklärte, daß die Abrüstung, die der Senat an Armees- und Marinebudget vorgenommen habe, viel zu groß seien. Eine starke Marine sei für die Sicherheit Amerikas unbedingt notwendig. Man müßte 100 Millionen Dollars ausgeben, um das Schiffsbauprogramm in angemessener Zeit durchzuführen. Gegenwärtig sei jedoch eine Sparpolitik im Marinebudget gefährlich. Senator Lodge versicherte dem Senat, daß er auf der Abrüstungskonferenz rege Tätigkeit entfalten werde. Er werde für die gleichzeitige Abrüstung aller Staaten eintreten.

London, 19. August. (W.B.) Aus Tokio wird gemeldet, der frühere Außenminister Okuma erklärte, die japanische Delegation auf der Washingtoner Konferenz müsse sich jedem Versuch widersetzen, sich den in Versailles gefassten Beschlüssen über die Insel Yap und der Halbinsel Schantung anzupassen. Jedemfalls werde die „besondere Stellung“ Japans in Sibirien, wo es 440 Millionen Yen angelegt habe, anerkannt werden müssen.

Vanderlips Eindrücke.

Berlin, 18. August. (W.B.) Franz E. Vanderlip, der Donnerstag von Berlin nach Prag abgereist ist, hat dem hiesigen Vertreter der „Associated Press“ u. a. erklärt: Deutschland arbeite schwer. Von der Oberfläche aus gesehen, läßt vieles darauf schließen, daß Deutschland sich erholt; unter der Oberfläche aber sind die nationalen Finanzen in einem hellen Zustand. Es scheint keine Hoffnung zu bestehen, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und neues Papiergeld muß anbauend hergestellt werden. Das wird dazu führen, die Preise weiter in die Höhe zu treiben, die Mark zu entwerten und die Stellung der Regierung schwierig zu gestalten. Ich habe mit dem Reichskanzler Dr. Birih und den führenden Ministern gesprochen und habe den Eindruck gewonnen, daß sie sich auf das Ernstlichste bemühen, doch glaube ich, daß sie an einer Aufgabe arbeiten, die zu groß ist, um erfolgreich gelöst werden zu können, und früher oder später wird man eine Wenderung oder einen Ausschub in den Reparationsforderungen eintreten lassen müssen.

Wilson kommt wieder? Nach einer Meldung des Pariser „Ceclair“ bringt Senator King in Harding, Wilson zum Delegierten für die Abrüstungskonferenz zu ernennen. Der Gesundheitszustand des früheren Präsidenten habe sich bedeutend gebessert.

Schlacht in Kleinasien. Nach einer Radio-Meldung hat bei Bordinum, 70 Kilometer südwestlich von Angora, eine Schlacht zwischen Türken und Griechen begonnen.

Dänemark hilft Rußland.

Kopenhagen, 19. August. (W.B.) Die Regierung hat beschlossen, aus den Mitteln zur Abhilfe der Not in den vom Kriege verwüsteten Ländern für die Hilfsaktion in Rußland eine Summe zur Verfügung zu stellen. Zweck der Hilfsaktion ist,

in Petersburg eine Kinderpflegung

einzurichten, die, soweit möglich, unter der Leitung der Personen stehen soll, die seinerzeit an den gleichen dänischen Arbeiten beteiligt waren. Es wird beabsichtigt, damit in den ersten Septembertagen zu beginnen.

Die Hilfe der Tschecho-slowakei.

Prag, 19. August. (G.) Nach einer offiziellen Meldung hat der interministerielle Ausschuss zur Hilfeleistung für Rußland der Regierung vorgeschlagen, den tschecho-slowakischen Industriellen, die sich am Wiederaufbau Rußlands beteiligen wollen, einen größeren Betrag als Garantie vor bedeutenden Verlusten zu gewähren. Es würde sich insbesondere um Interessenten an der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Eisenbahnmateriale handeln. Dadurch würde die ganze Hilfsaktion den unangenehmen Charakter einer mildtätigen Aktion verlieren, und die Tschecho-slowakei würde industriell nach Rußland durchdringen. Konkrete Vorschläge werden der Regierung nach Anhören der industriellen und finanziellen Sachverständigen gemacht werden.

Der Vorstand der SPD. hat sich dem Vorgehen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hilfeleistung für Rußland und Georgien angeschlossen.

Rumänische Behauptungen.

Paris, 19. August. (W.B.) Wie der „Temps“ aus Bukarest mitteilt, gehen zahlreiche Rumänen halbobererster „Bolschewisten“ durch den Danester, dessen Wasserstand jetzt sehr niedrig ist. Die Banden greifen die rumänischen Grenzposten an. (1) Wiederholt ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Auf deutsch: Man schießt auf die Hungernden!

Die Stockholmer Konferenz.

Stockholm, 19. August. (W.B.) In der Donnerstag-Vollversammlung der Interparlamentarischen Konferenz referierte über die Frage der Einschränkung der Rüstungen zunächst Branting-Schweden (Soz.), der feststellte, daß zwischen der Interparlamentarischen Union und dem Völkerbunde keine Konkurrenz bestehe. Den Regierungen werde es leichter, die

Jaghaftigkeit und Langsamkeit, die den Völkerbund jetzt kennzeichnen, zu überwinden, wenn sie die Parlamente hinter sich hätten. Er beantragte daher, daß die Union an der Lösung der so wichtigen Frage der Rüstungseinschränkung aktiv teilnehme. Schweden, Dänemark und China hätten sich schon verpflichtet, während der kommenden zwei Jahre die Rüstungsausgaben des laufenden Jahres nicht zu überschreiten. Branting lobte die Initiative der Vereinigten Staaten in der Frage der Beschränkung der Rüstungen zur See. — Tanaka-Japan erklärte, das japanische Volk wünsche lebhaft eine Abrüstung und hoffe, daß die Washingtoner Konferenz Erfolg haben werde. Graf Raoul Hamilton-Schweden äußerte sich zugunsten der Abschaffung der Militärdienstpflicht. Die Konferenz nahm schließlich den Antrag Brantings an. Der frühere holländische Finanzminister Dr. Treub erstattete hierauf Bericht über die internationalen Wirtschafts- und Finanzprobleme und den Völkerbund. Nach kurzen Ausführungen von Hermann Müller-Deutschland (Soz.) über die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands wurde eine von dem Interparlamentarischen Rat vorgeschlagene und von Dr. Treub unterstützte Resolution angenommen, bezugweise eine interparlamentarische Wirtschafts- und Finanzkommission geschaffen werden soll, die die im Berichte Dr. Treubs erwähnten sowie andere gleichartige Probleme studieren und bei künftigen Interparlamentarischen Konferenzen berichten soll.

In der Freitag-Vollversammlung wurde die Stellungnahme der Interparlamentarischen Union zu den internationalen Arbeitskonferenzen weiter erörtert. Eine Resolution Engberg-Schweden (Soz.) wurde angenommen.

Im Wandel der Zeiten.

Der Tod des Königs Peter von Serbien ruft die Erinnerung an das Verbrechen wach, dem er seinen Thron verdankte. Damals haben eine Reihe von Großmächten der neuen serbischen Regierung die Anerkennung versagt, nämlich England, Frankreich, Deutschland und Italien. Rußland sprach zwar die Anerkennung aus, verlagte aber die unbedingte Bestrafung der Mörder. Ganz anders die k. u. k. österr.-ungar. Regierung. Das „Freundenblatt“, das offiziöse Organ des Ministeriums des Äußern, schrieb am Tage nach der Mordtat:

Prinz Peter Karaageorgiewitsch soll den Thron bestiegen, und bis er eintritt, ist die Macht in den Händen des Ministers Wladimir-witsch, der schon mehrmals in Kabinetten, die aus der liberalen Partei hervorgegangen waren, gewirkt und der man als einen Mann von festem Auftreten kennen gelernt hat. Es scheint, daß er die richtige Persönlichkeit ist, um in so stürmischer Zeit die Ordnung aufrechtzuerhalten und Serbien über das so häufig eröffnete kurze Interregnum hinwegzuführen. Doch es rächt beendet werden kann und daß sich in Peter Karaageorgiewitsch ein Nachfolger findet, der dem tief erregten Volke eine Grundlage zu einem neuen politischen Dasein bietet, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch als einermöglichen beruhigend zu betrachten. Man hat doch wenigstens die Hoffnung vor sich, daß eine neue Ära, auf der nicht Erinnerung wiederholter arbeiterer Kämpfe lastet, endlich Ordnung und Ruhe bringe. Nachdem durch das Verbrechen das Haus Obrenowitsch so schrecklich geendet hat, haben wir keinen Grund, gegen die natürliche Lösung der Frage, vor die nunmehr das Land gestellt ist, etwas einzuräumen.

Und Ministerpräsident Körber versichert, daß der Mordverbrechen eine innere Angelegenheit Serbiens sei und daß jede serbische Regierung der allseitigen Sympathie gewiß sein könne. Wirklich erhielt Peter am zwei Tage nach seiner Bestattung zum König die Anerkennung der österreichisch-ungarischen Regierung, die voll zärtlicher Worte für seine „edle Mission“ war.

Als freilich ein Jahre später die österreichisch-ungarische Regierung einen Vorwand für den Krieg gegen Serbien brauchte, erwachte die so lange zurückgehaltene Entrüstung über das Mordverbrechen der Karaageorgiewitsch und die „patriotische“ Presse stieß von Schmähungen gegen Peter und seine Mordgesellen über.

Letzte Nachrichten.

Angliad in der Filmstadt. Auf dem Vorführungsplatz der Dubitsch-Film-Gesellschaft in der Parkstraße in Sieglitz ist gestern nachmittag gegen 2 Uhr eine dort aufgerichtete 15 Meter hohe indische Tempelanlage abgetragen worden. Wichtige stürzte die Sargode zusammen und begrub einen der dabei beschäftigten Arbeiter unter den Trümmern. Als man den Verunglückten heraussorg, war er bereits tot. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Die Film-Gesellschaft hat die Kriminalpolizei um Untersuchung des Falles gebeten, da sie annimmt, daß verbrecherische Hände dabei mitgespielt haben.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Wiederaufbau.

In einer in den letzten Tagen stattgefundenen Besprechung mit dem Herrn Minister für Wiederaufbau wurde der bekannte Brief der Spitzenorganisationen eingehend erörtert. Dabei zeigte sich, daß bis zu einem gewissen Grade die Erörterungen den Ereignissen vorausseilen. Ueber den eigentlichen Wiederaufbau der für die Durchführung der Wiederaufbaulieferungen notwendigen Organisationen sind die Vorbereitungen in Regierung und Reichsrat usw. noch nicht abgeschlossen. Immerhin darf gesagt werden, daß in der Vorbereitung die Wünsche der Gewerkschaften beim Ministerium im allgemeinen auf Verständnis stehen.

Gewerkschaften und Beamtenbund.

Zu dem geplanten Abkommen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Beamtenbund hat nunmehr auch der Bundesausschuß des ADGB Stellung genommen und folgende Entschliessung gefaßt: Der Bundesausschuß des ADGB hat von der Entschliessung des Deutschen Beamtenbundes Kenntnis genommen. Er hält unter Aufrechterhaltung seiner früheren Beschlüsse an der Auffassung fest, daß das vorgelegte Abkommen der beiderseitigen Vorstände eine geeignete Grundlage für ein Zusammengehen der drei Spitzenorganisationen bildet. Er erwartet baldige Wiederaufnahme der vom Deutschen Beamtenbund in Aussicht gestellten Verhandlungen. Sollte in angemessener Frist eine Vereinbarung nicht zustande kommen, so wird der Vorstand des ADGB beauftragt, mit den beteiligten Verbänden und dem Afa-Bund in Verhandlungen zu treten, um die Grundlage für eine gewerkschaftliche Beamtenbewegung im Anschluß an den ADGB und Afa-Bund zu schaffen.

Afa-Forderungen für die Behörden-Angestellten.

Die dem Afa-Bund angeschlossenen Organisationen haben der Reichs- und preussischen Staatsregierung folgende Forderungen unterbreitet:

1. Für alle Angestellte einschließlich der jugendlichen und derjenigen in den ersten 5 Vergütungsstufen, Gemäßung eines gleichen laufenden Teuerungszulages von 5000 M. jährlich.
2. Gleichmäßige Festlegung des allgemeinen Teuerungszulages auf 70 Proz. und des Teuerungszulages zu den Kinderzulagen auf 200 Proz. in allen Distrikten.
3. Sofortige Auszahlung der zum Teil noch immer rückständigen Bezüge, welche sich aus der vorläufigen Höherstufung einer Anzahl von Orten sowie derjenigen Bezüge, welche sich aus den bisher ergangenen Schiedsprüchen des für die Revision des Teuertarifvertrages eingesetzten Schlichtungsausschusses ergeben.
4. Die neuen Gehaltsätze treten mit dem 1. Juli 1921 in Kraft.
5. Sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit den vertretungsbefähigten Organisationen zwecks Umwandlung des Teuerungszulages von 5000 M. in Grundgehalt.

Vergeht nicht die Lehrlinge!

Eine Genossin schreibt und:

Mit Interesse las ich in der Mittwoch-Abendausgabe des „Vorwärts“ den Bericht über die Lohnbewegung der Chirurgen, Mechaniker, wonach auch für alle Jugendlichen eine Zulage von 20 Pf. pro Stunde gezahlt werden soll. Mein Sohn ist bald zwei Jahre in der Lehre mit einem „Lohnlohn“ von 12 bis 13 M. und freut sich riesig über diese Aufbesserung. Leider mußte er heute in der Fabrik hören, daß nur die jugendlichen Arbeiter, nicht aber die Lehrlinge diese Zulage erhalten. Da muß man sich denn doch fragen, ob die Lehrlinge ganz und gar vergessen werden bei solchen Gelegenheiten. Es ist wirklich nicht leicht, einen 17-jährigen Jungen mit 12 M. wöchentlich, die gerade für Fahrgehalt reichen, zu beschäftigen — einschließlich der Verpflegung —, das Lehrmaterial zu beschaffen, Verbandsbeiträge zu zahlen und anderes mehr. Dabei muß mein Sohn schon lange Zeit präzise Gesellenarbeit liefern, und auch die Arbeit der viel jüngeren Lehrlinge kommt in den Verkauf. Alles das dürfte den erwachsenen Arbeitern bekannt sein. Umso bedauerlicher ist es, daß bei den Verhandlungen die Lehrlinge übergegangen wurden.

Den Lehrlingen gegenüber berufen sich die Arbeitgeber als Lehrherren stets auf den Lehrvertrag. In die Lehrlingsverhältnisse wollen sie sich von den Arbeitern nicht hineinreden lassen. Dafür schälen sie erhebliche Gründe vor. Auch ihre Autorität als Lehrherren könnte gefährdet werden. Wenn die Herren diese Autorität durch eine lokale Handlungsweise stützen, wenn sie aus freien Stücken die Entschädigungen für die Lehrlinge den Verhältnissen einigermaßen anpassen, ließe sich darüber reden. Wird aber die Ausbeutung der Lehrlinge und ihrer Eltern mit derart schamlos betrieben, dann müssen die Gewerkschaften auf Abhilfe bedacht sein.

An die Arbeiterschaft der Graphischen Industrie!

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der Streik in den Geschäftsbuchfabriken noch nicht beendet ist und daher jedwede Streikarbeit direkt oder indirekt zu verweigern ist. Besonders ist hervorzuheben, daß die Firma E. Jürgens, Neue Königsstr. 4, Arbeiter in der Firma H. Menzel, Buchdruckerei, Reutbahn, Münchener Str. 46, herstellten löst und ist auch diese Firma für Verbandsmitglieder gesperrt. Das Graphische Kartell.

Achtung! Zimmerer!

Nach immer sind folgende Firmen als gesperrt zu betrachten: Sämtliche Werke der AG. Der Siemenskonzern, Riebe, Weissenhof, Schinger, Schwarzkopf, Scheringstraße, Kabelwerk Oberspree, Porzellanfabrik Lettow, Borst, Teal, Gosen, Reinholdsdorf, Koenigmann u. Kühnemann, Auer Ostramwerke, Aqa, Lichtenberg.

Schultheiß-Pahnhof. Franz Conrad, Bögauer Straße, Nitritfabrik Ropenid. — Aufgehoben ist die Sperre gegen Siemens u. Holste, Hochbauabteilung, Ronnenbamm.

Soweit die Sperre die Schultheiß-Pahnhof-Betriebe betrifft, teilen uns der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Firma und der Vorsitzende des Betriebsrats der Abteilung II mit, daß diese Betriebe es nicht ablehnen, Zimmerer, die wegen des abgelaufenen Streiks dort ausgetreten waren, wieder einzustellen. Die Zimmerer in allen Berliner Brauereien finden unter dem „Tarif der gewerkschaftlichen Arbeitnehmer im Berliner Braugewerbe“ und erhielten die darin für Handwerker im Brauereibetrieb überhaupt festgesetzten Löhne. Eine Sperre der genannten Betriebe sei somit nicht gerechtfertigt.

Gewerbegerichtswahl Weissenhof!

Wahllokale für Weissenhof: Gemeindefchule Langhansstr. 120 und Wörthstr. 23. — Hohen Schönhausen: Rathaus, Hauptstr.

Achtung!
Delegierte zur Generalversammlung der Betriebsräte für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin!
Dienstag, den 23. August, abends 6 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18:

Generalversammlung der Betriebsräte

Tagesordnung: 1. Das Geld und die Abrechnungen der Unterstufungskommission und des „Roten Volksgeldes“. 2. Freie Aussprache.

Nur die mit der Delegiertenkarte der Betriebsräte der Gewerkschaften und des Afa-Bundes versehenen haben Zutritt.

Gruppenvollversammlungen!

Die Vollversammlungen der einzelnen Industriegruppen finden statt:

Gruppe I, Bank und Handel; Gruppe V, freie Berufe; Gruppe XII, Staatliche und kommunale Behörden; Gruppe XV, Sozialversicherung: Montag, den 22. August, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.

Gruppe VII, Landwirtschaft und Gärtnerei; Gruppe IX, Lebensmittel- und Genussmittelindustrie: Montag, den 22. August, abends 6 Uhr, in den Residenz-Festsaal, Candoberger Str. 31.

Gruppe II, Baugewerbe; Gruppe VII, Holzindustrie: Mittwoch, den 24. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Gruppe III, Bekleidungsindustrie; Gruppe X, Lederindustrie: Donnerstag, den 25. August, abends 6 Uhr, in den Berliner Vereins- und Konzertsälen (Kirmihallen), Kommandantenstr. 58/59.

Gruppe XIII, Verkehr: Montag, den 29. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Gruppe XI, Metallindustrie: Mittwoch, den 31. August, abends 6 Uhr, in den Germania-Prachsälen, Chausseest. 110.

Gruppe IV, Chemische Industrie; Gruppe VI, Graphisches Gewerbe: Donnerstag, den 2. September, abends 6 Uhr, in den Berliner Vereins- und Konzertsälen (Kirmihallen), Kommandantenstr. 58/59.

In sämtlichen Industriegruppen-Versammlungen werden folgende Thematika behandelt:

1. Die praktischen Aufgaben aus dem Betriebsrätegesetz.
2. Betriebsräte-Schulung.

Wir erwarten einen vollzähligen Besuch dieser Veranstaltungen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Straße 50. — Rathow, Falkenberg und Wartenberg: Gasthof zum goldenen Stern, Wartenberg.

Wahlbescheinigungen sind zu haben bei: Pohlmann, Langhansstr. 102, H. Hepe, Berliner Allee 34, Alexander, Rennbahnstraße 1, und Bustraw, Hohen Schönhausen, Hauptstraße. Unterkommission Weissenhof.

Zur Gewerbegerichtswahl in Steglitz müssen sich alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder dem Wahlbureau des 12. Bezirks im Restaurant Behnke, Steglitz, Heelestr. 2, von 9-5 Uhr zur Verfügung stellen. Der Obmann der Unterkommission: P. Rodeck.

„Berliner Lokalanzeiger“ und Trinkgeld der Kellner.

Nachdem bekannt war, daß die Berliner Gasthausangestellten den Tarifvertrag kündigen wollen, brachte der „Berliner Lokalanzeiger“ am 5. August einen Artikel über „Das Trinkgeld“ von Dr. R. P. Die Art und Weise, wie „Dr. R. P.“ die Berliner Kellner daran ansetzt, läßt vermuten, daß es besondere Gründe sind, die ihn dazu veranlassen. Die in dem Artikel enthaltenen Unwahrheiten, Verdächtigungen und Entstellungen haben unter der gesamten Berliner Kellnerschaft einen wahren Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Aus der ganzen Tendenz des Artikels geht hervor, daß bei seiner Abfassung böswillige Absicht die Feder führte; es wäre sonst unverständlich, wie ein Mensch, der noch etwas auf Wahrhaftigkeit gibt, derartige Behauptungen aufstellen kann. Die Entschuldigende in unseren Lohnverträgen oder eine einfache telephonische Anfrage bei und holen ohne weiteres die Möglichkeit, die falschen Behauptungen über das Einhalten der Berliner Kellner zu berichtigen. Der Absicht einer Stimmungsmache gegen die Kellner stand die Wahrheit allerdings im Wege.

Die Berliner Kellner erhalten keine 10 Proz., wie in dem Artikel behauptet wird, noch weniger fällt es uns ein, 20 Proz. zu fordern. Die gegenteiligen Behauptungen, die der „Lokalanzeiger“ brachte, sind einfach aus der Luft gegriffen und geeignet, das Publikum gegen die Kellner aufzuheizen. Viele Kollegen kamen nach allem zu der Auffassung, daß der ganze Artikel nur zu dem Zweck geschrieben wurde, im Hinblick auf die bevorstehende Lohnbewegung Stimmung zu machen, daß es sich um eine bestellte Arbeit der Berliner Unternehmer handelt.

Die Revolution habe als eine Löhnbewegung firmiert und die Kellner hätten das Trinkgeld als eines freien Mannes unwürdig bezeichnet. Der Meinung sind die Kellner auch jetzt noch, daß das Trinkgeld eine unwürdige Entlohnungsform ist. Wenn sie dennoch in Berlin, durch die Verhältnisse gezwungen, immer noch Trinkgeld annehmen, so beweist das nur, daß die Kellner in Berlin eine völlig unzureichende Entlohnung bekommen, und daß der Verfasser des Trinkgeldartikels allen Anlaß hätte, seine unrichtigen Behauptungen zu revidieren, dies umso mehr, als Tugende von Berliner Kellnern sich brieflich an den „Lokalanzeiger“ mit Richtigstellungen gewandt haben.

Den klarsten Beweis aber dafür, daß mit diesem Trinkgeldartikel Stimmungsmache und bewußte Verfälschung der öffentlichen Meinung zugunsten der Unternehmer beabsichtigt war, dürfen wir aber wohl darin erblicken, daß der „Lokalanzeiger“ der Aufforderung unserer Ortsverwaltung Groß-Berlin, die Unrichtigkeiten auf Grund des § 11 des Verhögenges richtig zu stellen, bis heute noch nicht nachgekommen ist.

Karl Schneider.

„Streik in der Nähmaschinenbranche“.

Zu dem Bericht mit dieser Überschrift in der Donnerstags-Abendausgabe des „Vorwärts“ ging uns folgende Berichtigung zu:

Die über die Entlohnung in meinem Betriebe und dem bisherigen Verlauf des Streiks gemachten Angaben entsprechen nicht den Tatsachen. Meine Fabrik hat bereits vor Niederlegung der Arbeit die höchsten Löhne in der ganzen Berliner Metallindustrie gezahlt. Ich habe trotzdem, um meinen Arbeitern entgegenzukommen und in Anbetracht der augenblicklichen Teuerung, weitere Erhöhungen angeboten. Der von mir vorgeschlagene Lohn für gelernte Arbeiter soll 6,30 M. pro Stunde betragen, wozu eine Wirtschaftsbefehle kommt, die 4,50 M. pro Woche beträgt.

Meine neue Preisregulierung habe ich nur im Rahmen der von mir bewilligten Lohnerhöhung vorgenommen, und es sind daher auch die in dieser Hinsicht gegen mich gerichteten Angriffe unberechtigt. Kurt Manheimer, Inhaber der Firma James Gutmann.

Die Metallindustriellen in Kreuznach, die ihre Betriebe wegen des bei der Firma Ost und Scherer ausgebrochenen Streiks geschlossen hatten, veröffentlichten eine Erklärung, wonach sie ihre Betriebe von heute ab wieder öffnen und den Grundlöhnen von 25 auf 40 Pf. erhöhen. Ferner sollen in der ersten Hälfte des September Verhandlungen über ein neues Kollektivabkommen stattfinden.

Die Berlin-Burger Eisenwerke in Burg bei Magdeburg haben ihren Betrieb geschlossen; angeblich wegen zu hoher Lohnforderungen der Metallarbeiter.

Die Metallarbeiter in Halle a. d. S. gaben 5367 Stimmen gegen 468 Stimmen für den Streik ab und beschlossen, sofort in den Ausstand zu treten.

Drohender Staatsarbeiterstreik in Wien.

Witten hinein in die Verhandlungen über den Ententekredit platzt eine mit Streikdrohung verknüpfte Forderung familiärer Staatsbeamtenvereinigungen, deren Verriedigung auf das Jahr berechnet mehr als neun Milliarden Kronen beanspruchen würde. Die lange Verzögerung der parlamentarischen Erledigung der neuen Besoldungsordnung hatte ein verhängnisvolles System von Vorarbeiten gezeitigt, die in monatlichen Abschnitten flüssig gemacht wurden. Nun ist die Besoldungsordnung durchgeföhrt. Die rapide Steigerung der Kosten für alle Lebensbedürfnisse in den letzten Wochen durch die Verschlechterung der Saluta veranlaßte aber das Eisenbahn- und Postpersonal trotzdem auf der Auszahlung der schon zu einer ständigen Einrichtung gewordenen monatlichen Zuschüsse zu bestehen. Und nun fordern auch alle anderen Angestellten die Gleichstellung mit den Verkehrsbeamten. Man hat der Regierung ein 48 stündiges Ultimatum gestellt, nach dessen Ablauf man zu den härtesten Formen des gewerkschaftlichen Kampfes greifen will.

Und scheint denn doch, als sei es jetzt die rechte Zeit, daß die Angestellten ihre Ansprüche geltend machen. Bevor die Verhandlungen über den Ententekredit beendet sind, damit diese Erfordernisse dabei einigermaßen berücksichtigt werden können. Ganz abgesehen davon, daß die weitere Verteuerung der Lebensmittel die Angestellten einfach dazu zwingt, einen Ausgleich zu suchen. Die Verfasser solcher Berichte, die gegen die Forderungen gewisse Vorwürfe einzuwerfen, müßten sich denn doch fragen, daß es zu den Staatsnotwendigkeiten mit gehört, die Angestellten so zu stellen, daß sie sich halbwegs satt essen und ordentlich kleiden können. Den Angestellten wie den Arbeitern liegt weit mehr an einer wesentlichen Erhebung der Lebensmittelpreise als an der Vermehrung der Papierblättchen, die sie als Gehalt oder Lohn bekommen. Kann aber der Staat die Entwertung seines Papiergeldes und die unaufförliche Preissteigerung aller Lebensmittel nicht aufhalten, dann muß er zunächst den Mangel der Qualität der Gehälter und Löhne durch vermehrte Quantität ersetzen, im übrigen aber auf Mittel und Wege bedacht sein, um aus dem Dilemma herauszukommen. Der Schmachtriemen, den die Arbeiter und Angestellten seit Jahren tragen, kann wirklich nicht mehr enger geschnallt werden.

Achtung Tiefbau! Montag bis 11 Uhr bei Becker, Weberstr. 17, Versammlung über in den Tiefbaubetrieben Beschäftigten. Bericht von den letzten Lohnverhandlungen. Mitgliedsbuch einer freien Gewerkschaft legitimiert. Das Tiefbaufertell.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Felzer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiedt, Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 2, Piazza 1, Belfage.

Vor Erkältung schützt



Der elegante Schuhputz Eos ist wasserfest

Fabrikanten: Gebrüder Kroner, Berlin-OT

Zinn u. Blei

oder Bereiten von Eoilen aller Art verwendet Ne Hausfrau vorzuziehen hat Zuder den allbewährten Schöffel. Er ist rein ohne Beigefchmad, löst anstandslos, ist billig und befömmlich. Da fast tonzentriert, barfam verwenden. Nach Gebrauch waschen. Erhältlich in Kolonialwaren, Drogeriehandlungen und Apotheken.

Zähne: 8 M. Teilzahlung, 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb. 3.-, Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarm. schlechtesitz. Gebisse. Rep. sol. Zahnarzt: Dr. W. 111, Potsdamer Str. 55, Hochb. Sorecht. 9-7

Zinn u. Blei sowie alle Almetalle kaufen zu Tagespreisen **Metallschmelzwerke** Waldemarstr. 74 Telephon: Moritzplatz 9955

Billige, gute Rhein u. Mosel Weine

Zwei Plätze (direkt vom Fass) mit Steuer n. Liter 14.40
Zwei Liesberger Mosel mit Fl. u. Steuer 14.40
Zwei Enkircher Riesling mit Fl. u. Steuer 19.50
Französischer Hennessy, Prunier, Pelissor u. Derby

Cognac

Derby-Weinbrand Fl. 49⁹⁰ Weinbrand-Fl. 42⁹⁰ Versand auch literweise in Ballons, Fässern u. Waggons. Pilsener: Gontardstr. 4, Alexanderplatz Potsdamer Str. 54, Hof Invalidenstr. 164, Eckhaus Brunnenstr. 174, Eckhaus Friedrichstr. 11 Gr. Frankf. 112, neben Jandorf Schönhauser Allee 178

DERBY-COGNAC

Möbel zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung Kleinste An- u. Abzahlung Möbel - Cohn Gr. Frankfurter Str. 58 5 Min. vom Alexanderplatz. Filiale: Badstr. 47-48. 5 Min. v. Bf. Gesundbr.

Anzüge, Paletots, Ulster kaufen Sie konkurrenzlos billig im Leihhaus Brunnenstr. 5 Fahrgeld-Vergütung - Keine Lombardware

aus la Maßstoffen eleganter Sitz, pr. Reißhaar-Verarbeitg., selbst gefertigt, v. 400 M. an. Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M. Geb. u. Sportpelze fabelhaft billig!